

Grundinformationen zu Bildung in Deutschland



Menschen lernen und bilden sich in allen Lebensphasen: von der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung über die allgemeinbildende Schule, die berufliche Ausbildung und Hochschulbildung bis hin zur Weiterbildung im Erwachsenenalter. Das folgende Kapitel trägt dieser Tatsache Rechnung und bereitet 5 bildungsbereichsübergreifende Indikatoren auf, die sich auf das Bildungssystem als Ganzes, Strukturunterschiede zwischen den Bildungsbereichen und die Ergebnisse der Bildungsprozesse mehrerer Bildungsbereiche beziehen. Durch die Einordnung Deutschlands in den europäischen Kontext geben die Indikatoren zudem Hinweise auf die Stellung des Bildungsstandorts Deutschland im internationalen Vergleich.

Die indikatorengestützten Analysen zu den Themenbereichen Bildungseinrichtungen, Bildungspersonal, Bildungsausgaben, Bildungsbeteiligung und Bildungsstand werden mit aktuellen Daten sowie neuen Akzentuierungen und Ergänzungen fortgeführt. Soziale Disparitäten, insbesondere nach Migrationshintergrund, Geschlecht und sozialer Herkunft, werden beleuchtet. Vor allem das Thema Migration steht zum einen wegen der Auswirkungen der fluchtbedingten Wanderung in den Jahren 2015 und 2016 und zum anderen wegen der EU-Binnenwanderung von Arbeitskräften und der Attraktivität von Hochschulen für Studierende aus dem Ausland unverändert im Zentrum des öffentlichen Interesses.

Aufgrund der großen Heterogenität innerhalb der Länder wird mit der Kreistypisierung eine alternative Darstellungsform der regionalen Disparitäten zur Identifizierung der strukturschwachen sowie der

strukturstarken Bildungsregionen analog zum Bildungsbericht 2018 erörtert.

Strukturentwicklungen, etwa die zunehmende Rolle freier Träger im Bildungswesen, werden erneut bereichsübergreifend analysiert und, soweit möglich, mit dem Aspekt der sozialen Disparitäten der Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer verknüpft. Der internationale Vergleich verdeutlicht Strukturen und Entwicklungen des deutschen Bildungswesens. Im Zentrum stehen dabei die von den Mitgliedstaaten der Europäischen Union im Zuge der „Europa-2020-Strategie für Beschäftigung und Wachstum“ (ET2020) für den Bereich Bildung vereinbarten Benchmarks.

Die Fortschreibung der 5 bewährten Indikatoren seit dem Bildungsbericht 2012 ermöglicht über die Zeit eine bereichsübergreifende Bilanzierung zentraler Themenbereiche institutionalisierter Bildung: Ort der Durchführung von Bildungsprozessen sind die vorhandenen Bildungseinrichtungen (**B1**). Ihre Kapazitäten sowie die Möglichkeiten zur Ausgestaltung der Bildungsprozesse werden stark von ihrer Ausstattung mit Personal (**B2**) und Finanzressourcen (**B3**) bestimmt. Abschließend wird im Indikator Bildungsbeteiligung (**B4**) die derzeitige Inanspruchnahme der Bildungsangebote analysiert, während im Indikator Bildungsstand (**B5**) die Ergebnisse der in der Vergangenheit realisierten Bildungsprozesse sowie die intergenerationale Entwicklung des Bildungsstands dargestellt werden. Dabei wird erstmals untersucht, in welchem Verhältnis akademische zu beruflichen Abschlüssen in den einzelnen Ländern stehen.

Zuletzt im Bildungsbericht 2018 als B1

Bildungseinrichtungen

Die Erreichbarkeit von Bildungseinrichtungen ist eine grundlegende Voraussetzung für die Beteiligung an und den erfolgreichen Ablauf von Bildungsprozessen. Dieser Indikator stellt die Bildungsinfrastruktur, in der sich institutionalisierte Prozesse abspielen, auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen dar. Dabei wird das Augenmerk besonders auf Veränderungen der Struktur des Bildungsangebots sowie auf die (flächendeckende) Bereitstellung von Bildungsangeboten durch Bildungsanbieter in öffentlicher und freier Trägerschaft gelegt. Aufgrund der besonderen Datenlage und der Heterogenität der Anbieter wird auf die Situation in der Weiterbildung an anderer Stelle (vgl. G1) eingegangen.

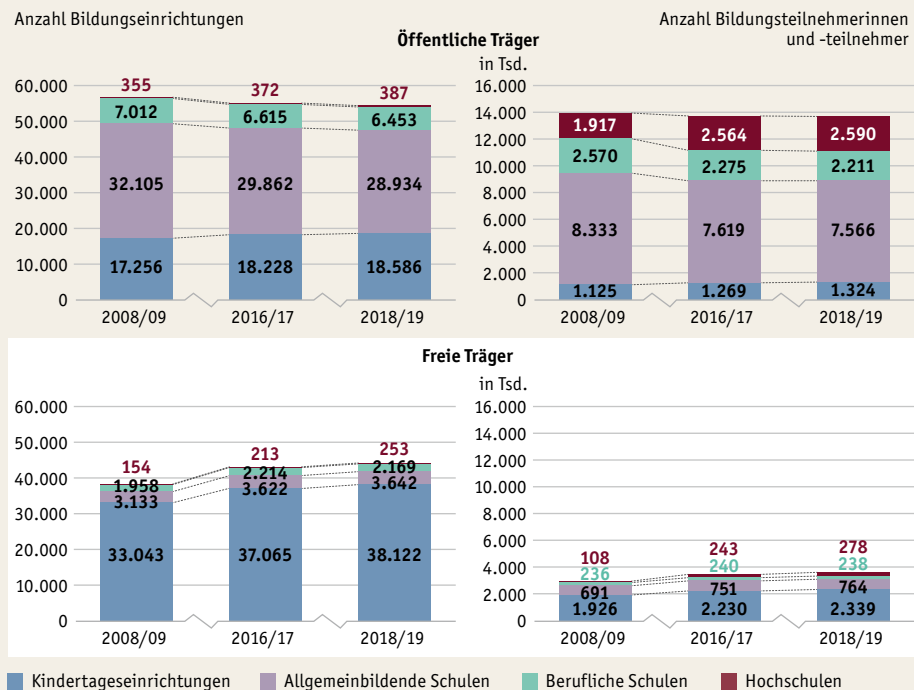
Institutionalisierte Bildungsangebote in Deutschland

Weiter steigende Anzahl der Kindertageseinrichtungen und Hochschulen

Im Jahr 2018 wurden in Deutschland rund 99.000 Bildungseinrichtungen^M von 17,2 Millionen Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmern besucht (Tab. B4-1web). Damit erhöhte sich die Zahl der Bildungseinrichtungen um 3.500 oder rund 4 % im Vergleich zu 2008. Auch die Zahl der Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer stieg in diesem Zeitraum an, insbesondere in Kindertageseinrichtungen und an Hochschulen. Im Bereich der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen gingen die Schülerzahlen seit 2008 jedoch stark zurück (Tab. B1-1web, Tab. B1-2web).

Die Anzahl der Kindertageseinrichtungen stieg um 6.400 Einrichtungen (Tab. B1-2web). Diese Entwicklung kann mit einer gesteigerten Arbeitsmarktpartizipation von Müttern und dem daraus entstehenden institutionellen Betreuungsbedarf (vgl. A3) sowie mit der zunehmenden Bedeutung früher Bildung begründet werden.

Abb. B1-1: Entwicklung der Anzahl der Bildungseinrichtungen und der Anzahl der Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer 2008/09, 2016/17 und 2018/19 nach Bildungsbereichen und Art der Trägerschaft



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Kinder- und Jugendhilfestatistik [Ⓛ], Schulstatistik [Ⓛ], Hochschulstatistik [Ⓛ]
 → Tab. B1-4web, Tab. B1-5web, Tab. B1-6web, Tab. B1-7web

Zudem forcierte auch der seit 2013 bestehende Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz ab dem vollendeten 1. Lebensjahr den verstärkten Ausbau von Kindertageseinrichtungen mit Betreuungsplätzen für unter 3-Jährige (vgl. **C2**). Insbesondere die westdeutschen Bundesländer, die von einem niedrigeren Niveau ausgehen, trieben diesen Ausbau voran (**Tab. B1-2web, C3**).

Die Anzahl der allgemeinbildenden Schulen hingegen ist seit 2008 um knapp 2.700 Einrichtungen zurückgegangen (-8%). Die Auswirkungen des Geburtenrückgangs, der bis 2011 anhielt (vgl. **A1**), spiegeln sich hier wider. Schulstandorte wurden geschlossen oder zusammengelegt. Dies kann für Grundschülerinnen und -schüler zu längeren Schulwegen führen und Beförderung notwendig machen. Die Zunahme der Geburten zwischen 2011 und 2016 und das hohe Niveau bis 2018 führten dazu, dass die Schülerzahl an Grundschulen zwischen 2016 und 2018 stieg, während jedoch die Anzahl der Grundschulen weiterhin zurückging.

Der Rückgang der Schulzahlen betrifft im Zuge einer Umgestaltung der Schulstruktur (vgl. **D1**) in vielen Ländern insbesondere die Haupt- und Realschulen mit einer Abnahme von 52 bzw. 31% aller Einrichtungen im vergangenen Jahrzehnt. Zugleich stieg die Anzahl der Schulen mit mehreren Bildungsgängen von einem niedrigen Ausgangsniveau bundesweit um 93%. Die Zahl der Gymnasien blieb konstant (**Tab. B1-2web**). Die Schülerzahlen an den allgemeinbildenden Schulen nahmen im gleichen Zeitraum um 8% ab, die an beruflichen Schulen um 13% (**Tab. B1-1web**). Auch die Zahl der beruflichen Schulen ging seit 2008 um gut 300 zurück (-4%).

Im Hochschulbereich erhöhte sich seit 2008 dagegen die Zahl der Hochschulen um 8% auf 425 und die Zahl der Hochschulstandorte ^M um 26% auf 640 im Jahr 2018 (**Tab. B1-2web**). Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Studierenden wiederum um 42% (**Tab. B1-1web**). Die wachsenden Studierendenzahlen (vgl. **F3**) werden also nicht primär durch Neugründungen von Hochschulen aufgefangen, sondern durch eine höhere Anzahl an Studierenden je Hochschule (**Tab. B1-3web**).

Anzahl der Schulen mit mehreren Bildungsgängen seit 2008 fast verdoppelt

Bildungseinrichtungen nach Trägerschaft

Das Verhältnis von Bildungseinrichtungen in öffentlicher und freier Trägerschaft verschiebt sich. Der größte Teil der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen sowie der Hochschulen befindet sich weiterhin in öffentlicher Trägerschaft. Der Anteil der Einrichtungen in freier Trägerschaft stieg jedoch stetig, insbesondere in Westdeutschland befinden sich die Kindertageseinrichtungen überwiegend in freier Trägerschaft (vgl. **C2**) (2018: 68%). Der Großteil der freien Träger von Kindertageseinrichtungen arbeitet gemeinnützig (96%). Auch in den ostdeutschen Ländern steigt der Anteil der Kindertageseinrichtungen in freier Trägerschaft kontinuierlich und betrug im Jahr 2018 bereits 57%, nach 53% im Jahr 2008 (**Tab. B1-2web, Tab. B1-4web, Tab. B1-5web**).

Der oben aufgezeigte Rückgang im schulischen Bereich ist in erster Linie durch den Abbau öffentlicher Einrichtungen bedingt (**Abb. B1-1**). Zwischen 2008 und 2018 verringerte sich die Anzahl der öffentlichen allgemeinbildenden Schulen um 10%, dabei wurden knapp 1.300 öffentliche Grundschulen geschlossen oder zusammengelegt. Auch die Schülerzahl an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen nahm seit 2008 um 9% ab (**Tab. B1-7web**). Die Anzahl der öffentlichen beruflichen Schulen sank um 8% (**Tab. B1-5web**).

Im Gegensatz dazu stieg die Anzahl der Schulen in freier Trägerschaft. Im Jahr 2018 gab es 509 allgemeinbildende Schulen (+16%) und 210 berufliche Schulen in freier Trägerschaft (+11%) mehr als im Vergleichsjahr 2008 (**Tab. B1-4web**). Allein die Anzahl der Grundschulen erhöhte sich um 175 Einrichtungen (+24%). Zwar steigt die Zahl der allgemeinbildenden Schulen in freier Trägerschaft seit 2015 weniger stark und die der beruflichen Schulen freier Träger sinkt seit 2016, dennoch wächst der

Anteil der Schulen in freier Trägerschaft steigt besonders in östlichen Flächenländern

Anteil der Schulen in freier Trägerschaft in der deutschen Bildungslandschaft und insbesondere in den ostdeutschen Flächenländern.

Mit dem wachsenden Angebot an Einrichtungen in freier Trägerschaft ist auch der Anteil der Schülerinnen und Schüler an privaten allgemeinbildenden Schulen seit 2008 gestiegen. In den westdeutschen Ländern erhöhte er sich von 7,8 % auf 8,9 % im Jahr 2018, in den ostdeutschen Ländern von 6,6 % auf 10,3 % (**Tab. B1-6web, Tab. B1-7web**). Die privaten Schulen sind dabei durchschnittlich kleiner als die öffentlichen Einrichtungen (**Tab. B1-8web, Tab. B1-9web**).

Es wird deutlich, dass Schulen in freier Trägerschaft insbesondere in Ostdeutschland eine zunehmende Rolle in der Bildungslandschaft einnehmen. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Die Einrichtungen können das bestehende Angebot der öffentlichen allgemeinbildenden Schulen durch Schulen mit besonderem Schulprofil ergänzen oder ersetzen. In manchen Gemeinden sind Schulen in freier Trägerschaft die einzige Grundschule und so verkürzt sich für manche Kinder der Schulweg (Kühne & Kann, 2012, vgl. **D1** im Bildungsbericht 2016; Klemm, Hoffmann, Maaz & Stanat, 2018). Auch entstanden in einzelnen Bundesländern private Gymnasien dort, wo öffentliche Schulen geschlossen wurden (Helbig, Konrad & Nikolai, 2018).

Auch im Hochschulbereich stieg die Anzahl der Einrichtungen in freier Trägerschaft stark an. 2018 gab es 99 private Hochschulstandorte mehr als noch im Jahr 2008 (+ 64 %). Insgesamt machen Hochschulstandorte in freier Trägerschaft einen Anteil von 40 % an allen Hochschulstandorten aus (**Tab. B1-4web, Tab. B1-5web**). Dabei hat sich in den letzten Jahren insbesondere die Zahl der Fachhochschulen in freier Trägerschaft mit einem recht umfangreichen Angebot von Fernstudiengängen erhöht (vgl. **F1**). Hochschulen in freier Trägerschaft sind jedoch genau wie die privaten Schulen im Mittel deutlich kleiner als öffentliche Hochschulstandorte, sodass die eindeutige Mehrheit aller Studierenden (90 %) auch im Jahr 2018 an öffentlichen Hochschulen eingeschrieben war (**Tab. B1-6web bis Tab. B1-9web, vgl. F1**).

Regionale Unterschiede im Bildungsangebot

Um einerseits der regionalen Heterogenität innerhalb der Länder gerecht zu werden und andererseits eine überschaubare Anzahl von Kategorien zu beschreiben, werden in einer Kreistypisierung ^M Kreise und kreisfreie Städte zusammengeführt, deren Rahmenbedingungen für Bildung in Bezug auf Demografie, soziale Lage, Wirtschaftsstruktur sowie Siedlungsstruktur und räumliche Lage ähnlich sind (Kreis & Giar, 2020). Auf diese Weise lassen sich 5 Kreistypen unterscheiden (**Abb. B1-3web**).

Die Betrachtung der verschiedenen Kreistypen verdeutlicht, dass der bereits auf Länderebene gezeigte Rückgang der öffentlichen Schulen und der Ausbau von Kindertageseinrichtungen und Hochschulen stark von den regionalen Rahmenbedingungen abhängig ist, in denen Bildung stattfindet. Unterschiede werden dabei insbesondere entlang der Achsen städtisch–ländlich und strukturstärker–strukturechwächer deutlich.

Infokasten: 5 Kreistypen

Kreistyp 1 besteht aus überwiegend dünn besiedelten Landkreisen, die eher strukturschwächer sind. Er ist durch einen geringen Anteil an Beschäftigten, die Tätigkeiten mit hohem Anforderungsniveau nach Klassifikation der Berufe ausüben, geprägt (130 Kreise).

Kreistyp 2 enthält strukturstärkere Landkreise mit jüngerer Bevölkerung in den westlichen Flächenländern (108 Kreise).

In Kreistyp 3 sind kreisfreie Städte und Landkreise enthalten, die strukturschwächer und dünn besiedelt sind sowie die älteste Bevölkerung aufweisen (59 Kreise).

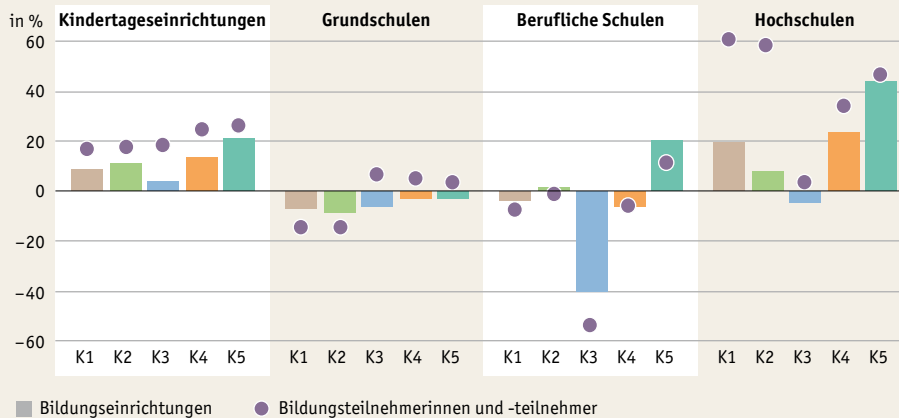
Dieser Kreistyp tritt weit überwiegend in den östlichen Flächenländern auf.

Kreistyp 4 umfasst strukturschwächere und dicht besiedelte kreisfreie Städte (54 Kreise).

Kreistyp 5 setzt sich schließlich aus großstädtischen Kommunen zusammen, die strukturstärker und sehr dicht besiedelt sind und eine jüngere Bevölkerung aufweisen (50 Kreise).

Innerhalb eines Kreistypus können Unterschiede zwischen Kreisen und innerhalb eines Kreises Unterschiede zwischen Gemeinden bestehen. Ziel der Kreistypisierung ^M ist eine verdichtete Beschreibung.

Abb. B1-2: Veränderung der Anzahl an Bildungseinrichtungen sowie an Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmern zwischen 2008/09 und 2018/19 nach ausgewählten Bildungsbereichen und Kreistypen (in %)*



* Bei der Typisierung der Kreise werden Kreise und kreisfreie Städte zusammengeführt, deren Rahmenbedingungen ähnlich sind.

Kreistyp 1: Ländliche Landkreise, dünn besiedelt mit geringem Anteil an Beschäftigten mit hohem Anforderungsprofil

Kreistyp 2: Eher strukturstarke Landkreise, mit jüngerer Bevölkerung

Kreistyp 3: Überwiegend ostdeutsche Landkreise und kreisfreie Städte, strukturschwächer mit älterer Bevölkerung

Kreistyp 4: Kreisfreie Städte, strukturschwächer und dicht besiedelt

Kreistyp 5: Großstädte, strukturstark mit jüngerer Bevölkerung

Siehe hierzu auch die methodischen Erläuterungen zu Indikator B1. Weitere Informationen finden sich in: Kreis & Giar, 2020 und Gawronski, Kreis & Middendorf, 2017.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Kinder- und Jugendhilfestatistik, Schulstatistik, Hochschulstatistik, Bevölkerungsstatistik

→ Tab. B1-12web

Der Ausbau der Kindertageseinrichtungen wurde besonders in kreisfreien Städten und Großstädten vorangetrieben (Kreistypen 4 und 5, **Abb. B1-2**). In strukturschwächeren Gegenden und in den überwiegend ostdeutschen Kreisen (Kreistypen 1 und 3) stieg die Anzahl der Kindertageseinrichtungen seit 2008 hingegen unterdurchschnittlich, wobei der bereits hohe Ausbaustand in den ostdeutschen Ländern zu berücksichtigen ist (**Tab. B1-10web, Tab. B1-13web**). Dieser heterogene Ausbau weist jedoch auch auf die unterschiedlichen demografischen Voraussetzungen in ländlichen und städtischen Regionen hin und ist bedarfsabhängig.

Im Bereich der Schulen zeigen sich unterschiedlich starke Entwicklungen. So wurden in den Großstädten (Kreistyp 5) und in kreisfreien Städten (Kreistyp 4) in geringerem Umfang Grundschulen geschlossen (-3 %) als in den anderen Kreistypen, in denen der Rückgang zwischen 6 und 9 % lag (**Abb. B1-2**). Bei den beruflichen Schulen stieg in den Großstädten (Kreistyp 5) und in den strukturstarken Landkreisen (Kreistyp 2) sogar die Anzahl zwischen 2008 und 2018 um 21 oder 1 %, während sie in den strukturschwächeren überwiegend ostdeutschen Kreisen (Kreistyp 3) im gleichen Zeitraum um 41 % sank. Dies stellt Betriebe zunehmend vor die Herausforderung, dass Auszubildende ein Berufsschulangebot in der Region finden. Weite Entfernungen zwischen Betrieben und Berufsschulen erschweren zudem die Kooperation der Lernorte. Dies birgt die Gefahr des Rückzugs der Betriebe aus der Ausbildung. In den Großstädten (Kreistyp 5) wurden zudem zwei Drittel aller neuen Hochschulstandorte seit 2008 eröffnet, wohingegen in Kreisen des Kreistyps 3, überwiegend in Ostdeutschland, 2 Standorte sogar geschlossen wurden.

Es zeigt sich zudem eine Abnahme der durchschnittlichen Zahl der Schülerinnen und Schüler je Grundschule in ländlicheren Gebieten (Kreistyp 1 und 2). Hier wurden Schulstandorte trotz sinkender Schülerzahlen beibehalten, vermutlich um eine wohnortnahe Schulversorgung zu gewährleisten. In den überwiegend ostdeut-

Ausbau von Kindertageseinrichtungen vor allem im städtischen Raum

Rückgang der beruflichen Schulen um 41 % in strukturschwächeren Kreisen – überwiegend in Ostdeutschland

schen Kreisen (Kreistyp 3) ergibt sich ein gegenteiliges Bild. Hier stieg die durchschnittliche Schülerzahl an Grundschulen an, was mit einer insgesamt steigenden Zahl der Grundschülerinnen und -schüler in diesen Kreisen erklärt werden kann (Tab. B1-11web, Tab. B1-12web). Die Grundschulen in den überwiegend ostdeutschen Kreisen (Kreistyp 3) sind jedoch im Schnitt immer noch deutlich kleiner als in den restlichen Regionen.

Methodische Erläuterungen

Bildungseinrichtungen

Betrachtet werden Bildungseinrichtungen des formalen Bildungssystems: Kindertageseinrichtungen, allgemeinbildende und berufliche Schulen sowie Hochschulen. Zu den Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft zählen Einrichtungen kirchlicher, freier gemeinnütziger und gewerblicher Träger. Die Einrichtungen werden nach bereichsspezifischen Kriterien abgegrenzt. Dabei gelten insbesondere im Schulbereich teilweise länderspezifische Regelungen zur Schulorganisation (z. B. Organisationseinheit, Niederlassungen, Grad der Zusammenfassung von mehreren Schularten in einer Schule bis hin zur Verwaltungseinheit). Hochschulen mit mehreren Hochschulstandorten werden mehrfach gezählt. Nicht betrachtet werden Weiterbildungseinrichtungen und informelle Lernorte. Ausbildungen im betrieblichen Bereich werden nicht berücksichtigt.

Zahl der Hochschulen und Hochschulstandorte

Anders als im Indikator F1 geht es an dieser Stelle um Hochschulstandorte. Bei Hochschulen mit mehreren Standorten werden diese gezählt, um die regionale Verfügbarkeit von Bildungsangeboten abzubilden. Da der Bezug zu den Studierenden dargestellt wird, sind auch Hochschulstandorte darunter, in denen im jeweiligen Wintersemester keine Studienanfängerinnen oder -anfänger ein Studium aufgenommen haben, aber Studierende eingeschrieben sind. Dadurch sowie aufgrund der unterschiedlichen Berücksichtigung der Verwaltungsfachhochschulen ergeben sich Abweichungen zwischen B1 und F1.

Kreistypisierung

In einer Kreistypisierung wurden Kreise und kreisfreie Städte zusammengeführt, deren Rahmenbedingungen für Bildung in Bezug auf Demografie, soziale Lage, Wirtschaftsstruktur sowie Siedlungsstruktur und räumliche Lage ähnlich sind (Kreisz & Giar, 2020). Ausgewählt wurden Rahmenbedingungen, für die sich nach theoretischen Erwartungen gezeigt hat, dass sie mit Bildungsvariablen zusammenhängen. Als Bildungsvariablen wurden die Betreuungsquote für unter 3-Jäh-

rige, der Anteil der Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Hauptschulabschluss, der Anteil der Absolventinnen und Absolventen mit allgemeiner Hochschulreife an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen, die Vertragsauflösungsquote, der Anteil der Beschäftigten mit akademischem Abschluss sowie Unterrichtsstunden an VHS je Einwohnerin und Einwohner herangezogen. Ziel ist es, an dieser Stelle mit der Kreistypisierung eine verdichtete Beschreibung der Kreise in Bezug auf Bildungsvariablen wie die Bildungsbeteiligung (B4) und den Bildungsstand (B5) zu ermöglichen, sodass möglichst große Differenzen zwischen den Kreistypen und möglichst geringe Unterschiede innerhalb der Kreistypen auftreten. Die Anzahl der Kreistypen wurde entsprechend dem Elbow-Kriterium festgelegt: Bei einer weiteren Zusammenfassung von 5 auf 4 Kreistypen wären die Unterschiede innerhalb der Kreistypen sprunghaft angestiegen.

Als strukturstärker werden Kreistypen beschrieben, deren Rahmenbedingungen von größeren finanziellen Handlungsmöglichkeiten der Kommunen und der Bevölkerung geprägt sind (z. B. eine höhere Gewerbesteuer, ein höheres BIP, höhere Einkommen je Einwohnerin und Einwohner oder niedrigere Arbeitslosenquoten) oder in denen die Übergänge von beruflicher Ausbildung oder Hochschulbildung bei niedrigerer Arbeitslosigkeit und Stagnation bis Zuwachs des Dienstleistungssektors stattfinden. Als strukturschwächer werden Kreistypen bezeichnet, die umgekehrt engere finanzielle Handlungsmöglichkeiten aufweisen (z. B. eine niedrigere Gewerbesteuer, niedrigeres BIP, niedrigeres Einkommen je Einwohnerin und Einwohner oder höhere Arbeitslosenquoten) oder in denen die Übergänge von Absolventinnen und Absolventen von beruflicher oder Hochschulbildung ins Berufsleben vor dem Hintergrund eines stärkeren Rückgangs des industriellen Sektors oder des Dienstleistungssektors und höherer Arbeitslosigkeit erfolgen (Kreisz & Giar, 2020; Gawronski, Kreisz & Middendorf, 2017). Innerhalb der Kreise und kreisfreien Städte können zwar noch Unterschiede zwischen Gemeinden bestehen, allerdings ist mit der regionalen Ebene der Kreise auch eine Handlungsebene angesprochen.

Bildungspersonal

Zuletzt im Bildungsbericht 2018 als B2

B
2

Das Bildungspersonal^M nimmt eine Schlüsselrolle bei der erfolgreichen Gestaltung von Bildungsprozessen ein. Anhand der Bildungspersonalrechnung^M werden Auswertungen von Daten zum Bildungspersonal in öffentlichen und privaten Einrichtungen der frühen Bildung, an Schulen, Hochschulen sowie in der Berufsausbildung vorgenommen. Hierbei ist insbesondere die Altersstruktur von großer Bedeutung für die Personalplanung. Bildung findet jedoch nicht nur innerhalb der genannten Bildungseinrichtungen statt. Daher wird dieser Indikator um Auswertungen von Daten des Mikrozensus zu Beschäftigten in pädagogischen Berufen innerhalb und außerhalb von früher Bildung, Schulen und Hochschulen^M ergänzt.

Personal der Bildungseinrichtungen im Überblick

Im Jahr 2018 sind 2,5 Millionen Menschen in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege (743.800), an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen (1.086.100) sowie an Hochschulen (682.200) beschäftigt (Tab. B2-1web). Dies entspricht 6 % aller Erwerbstätigen. Dieses Personal ist zu 78 % mit pädagogischen und wissenschaftlichen Aufgaben betraut und zu 22 % im sonstigen Bereich tätig.

Die Zahl der im Bildungswesen Beschäftigten hat zwischen 2008 und 2018 kontinuierlich zugenommen (Tab. B2-2web). Dieser Zuwachs ist in erster Linie auf die frühe Bildung und die Hochschulen zurückzuführen, in denen auch die Zahl der Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer deutlich gestiegen ist. Den größten prozentualen Zuwachs des Bildungspersonals haben Kindertageseinrichtungen und Tagespflege mit 63 % sowie die Hochschulen mit 37 % zu verzeichnen. Der Zuwachs des pädagogischen und wissenschaftlichen Personals spiegelt die Expansion der Hochschulen (vgl. F3) und den Ausbau der frühen Bildung sowie deren höhere Inanspruchnahme wider (vgl. C2). In den vergangenen 10 Jahren ist in den Hochschulen der Zuwachs des in Zeitverträgen beschäftigten Drittmittelpersonals mit 60 % überproportional stark ausgefallen. Sein Anteil am gesamten pädagogischen und wissenschaftlichen Bildungspersonal an Hochschulen erhöhte sich damit in diesem Zeitraum von 14 auf 17 %. Mit 3 % ist der prozentuale Zuwachs des Bildungspersonals im Schulbereich zwischen 2008 und 2018 eher niedrig. Dies ist auf die zeitweise rückläufigen Schülerzahlen zurückzuführen (vgl. D1).

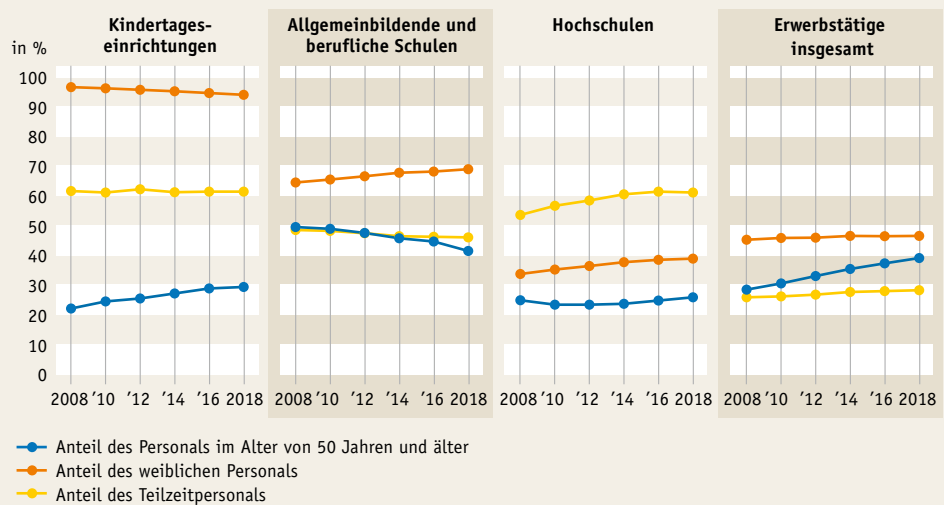
Weiterhin steigende Beschäftigtenzahl beim Bildungspersonal

Struktur des pädagogischen und wissenschaftlichen Personals

Während im Jahr 2018 der Anteil der ab 50-Jährigen am pädagogischen und wissenschaftlichen Personal bereichsübergreifend mit 35 % annähernd gleich groß ist wie bei den Erwerbstätigen insgesamt, ergeben sich für das Geschlecht und den Beschäftigungsumfang erhebliche Unterschiede. Der Anteil des weiblichen pädagogischen und wissenschaftlichen Personals liegt mit 71 % deutlich über dem aller Erwerbstätigen (47 %). Auch der Anteil der in Teilzeit Beschäftigten am pädagogischen und wissenschaftlichen Personal liegt mit 54 % höher als bei den Erwerbstätigen insgesamt (28 %) (Tab. B2-3web, Tab. B2-4web, Tab. B2-5web). Darin kommt zum Ausdruck, dass Frauen häufiger als Männer und insbesondere Mütter häufiger als Väter teilzeitbeschäftigt sind (vgl. A3). Dies verweist mittelfristig auf Beschäftigungspotenziale, sofern bei Arbeitgebern und Arbeitnehmern die Bereitschaft besteht, den Umfang der Teilzeitbeschäftigung zu erhöhen oder in Vollzeitverhältnisse umzuwandeln. Ein differenzierteres Bild von Alters-, Geschlechts- und Beschäftigungsstrukturen ergibt sich durch die Betrachtung der verschiedenen Bildungsbereiche.

Hoher Anteil an Frauen und Teilzeitbeschäftigten im Bildungsbereich

Abb. B2-1: Struktur des pädagogischen und wissenschaftlichen Personals in öffentlichen und privaten Bildungseinrichtungen 2008 bis 2018 nach Alter, Geschlecht und Arbeitszeit im Vergleich zu allen Erwerbstätigen (in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bildungspersonalrechnung ^D, Mikrozensus ^D → Tab. B2-2web

In der frühen Bildung ist der Anteil der ab 50-Jährigen (29 %) zwar vergleichsweise niedrig, er ist jedoch mit dem Ausbau von Kindertageseinrichtungen angestiegen. Angesichts des weiterhin steigenden Bedarfs an Personal wird die Personaldeckung auch in Zukunft eine große Herausforderung darstellen (vgl. C4). Der Anteil der ab 50-Jährigen liegt in den ostdeutschen Flächenländern mit über 34 % deutlich höher als in den übrigen Ländern. In der frühen Bildung sind mit 94 % überwiegend Frauen beschäftigt, in den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg arbeiten mit annähernd 10 % etwas mehr Männer in diesem Bereich als in den Flächenländern. Der Anteil des in Teilzeit beschäftigten pädagogischen Personals weist mit 62 % in der frühen Bildung einen deutlich größeren Wert auf als bei den Erwerbstätigen insgesamt mit 28 %.

Rückläufiger Anteil der ab 50-jährigen Lehrkräfte in Schulen

In den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen ist der Anteil der ab 50-Jährigen zwischen 2008 und 2018 um 8 Prozentpunkte zurückgegangen. Mit 42 % liegt er 2018 ähnlich hoch wie bei den Erwerbstätigen insgesamt. Ein hoher Anteil der derzeit Erwerbstätigen wird daher in den nächsten Jahren ausscheiden. Bei den Schulen weisen Thüringen mit 67 %, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Brandenburg mit jeweils 61 % die höchsten Anteile von älteren Lehrkräften auf. Entsprechend wird der Personalbedarf in diesen Ländern in den kommenden Jahren besonders hoch liegen. Auch vor dem Hintergrund der mittelfristig steigenden Schülerzahlen (vgl. D1) und der voraussichtlichen Neuabsolventinnen und -absolventen zeigt sich länderspezifischer Lehrkräftebedarf (vgl. D4).

An den Hochschulen hat sich der Anteil der Frauen am pädagogischen und wissenschaftlichen Personal zwischen 2008 und 2018 zwar von 34 % auf 39 % erhöht, gleichwohl sind Frauen anders als in den anderen Bildungsbereichen an den Hochschulen auch 2018 unterrepräsentiert. Der Anteil der ab 50-Jährigen ist mit 26 % niedriger als in der Erwerbsbevölkerung insgesamt und der Anteil des in Teilzeit beschäftigten pädagogischen und wissenschaftlichen Personals liegt mit rund 61 % an den Hochschulen deutlich über dem Anteil in der Erwerbsbevölkerung (Tab. B2-5web). Der relativ niedrige Anteil von älteren Beschäftigten und der hohe Anteil von Teilzeitbeschäftigten ist darauf zurückzuführen, dass in Deutschland generell an Hochschulen – wenn auch nach Fachrichtungen unterschiedlich stark ausgeprägt – viele

junge Menschen in Teilzeit beschäftigt sind, um sich im Rahmen einer Promotion zu qualifizieren.

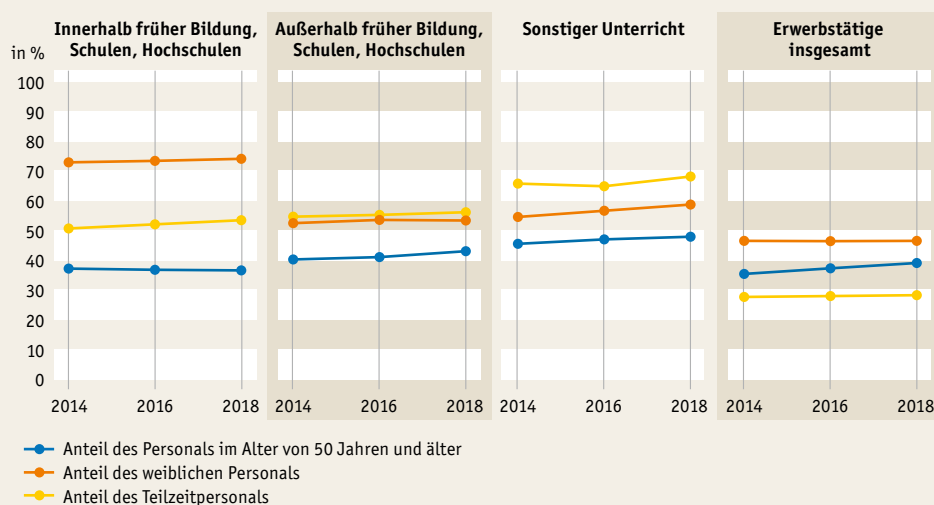
Im internationalen Vergleich zeigt sich, dass Deutschland einen hohen Anteil an in Teilzeit beschäftigtem pädagogischem und wissenschaftlichem Personal hat. Im Primarbereich lag er in Deutschland 2017 mit 52 % z.B. mehr als doppelt so hoch wie in der EU mit 23 % (Tab. B2-6web). In Bezug auf die Geschlechterverhältnisse zeigt sich in allen betrachteten Staaten ein vergleichbares Muster. Der Anteil des weiblichen pädagogischen und wissenschaftlichen Personals im frühkindlichen Bereich liegt in fast allen Ländern über 90 % und nimmt zu den höheren Bildungsstufen hin auf unter 50 % im Tertiärbereich ab. Im Elementarbereich ist der Anteil von Frauen in den Niederlanden und in Frankreich mit 88 und 89 % am niedrigsten. Im Tertiärbereich haben nur Litauen, Lettland, Finnland und Rumänien einen Frauenanteil von über 50 % (Tab. B2-7web). Bei der Altersstruktur liegt Deutschland mit dem Anteil der über 50-jährigen in allen Bildungsbereichen im Mittelfeld (Tab. B2-8web).

Im internationalen Vergleich hoher Anteil in Teilzeit

Bildungspersonal außerhalb früher Bildung, Schulen und Hochschulen

Außerhalb von früher Bildung, Schulen und Hochschulen findet sich ebenfalls ein vielfältiges Bildungsangebot. Deshalb werden pädagogische Berufe nicht nur in den oben genannten Bildungseinrichtungen, sondern auch darüber hinaus in beträchtlichem Umfang ausgeübt. Im Jahr 2018 gingen insgesamt 2,1 Millionen Beschäftigte einem pädagogischen Beruf in einem Wirtschaftszweig innerhalb und 578.000 Beschäftigte außerhalb von früher Bildung, Schulen und Hochschulen nach. Als pädagogisch werden solche Berufe definiert, die nach Klassifikation der Berufe einen „erzieherischen, lehrenden oder forschenden“ Schwerpunkt aufweisen. Außerhalb von früher Bildung, Schulen und Hochschulen waren 167.000 Beschäftigte in pädagogischen Berufen im Wirtschaftszweig „Sonstiger Unterricht“ tätig, wozu unter anderem Volkshochschulen, jugendkulturelle Einrichtungen, Musik- und Sportschulen sowie weitere Teile der Weiterbildung zählen (Tab. B2-10web). Aber auch in Wirtschaftszweigen wie z.B. „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung“, „Gesundheits- und Sozialwesen“ (ohne frühe Bildung) und „Erbringung von Dienstleistungen des Sports, der Unterhaltung und der Erholung“ ist eine Vielzahl von Beschäftigten in pädagogi-

Abb. B2-2: Struktur des pädagogischen Personals innerhalb und außerhalb früher Bildung, Schulen und Hochschulen nach Alter, Geschlecht und Arbeitszeit im Vergleich zu allen Erwerbstätigen 2014, 2016 und 2018 (in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus

→ Tab. B2-10web, Tab. B2-12web, Tab. B2-14web

Bildungspersonal außerhalb früher Bildung, Schulen und Hochschulen steigt

schen Berufen tätig. Außerhalb früher Bildung, Schulen und Hochschulen hat sich die Anzahl der Beschäftigten im Vergleich zu 2014 um 12 % erhöht und damit stärker als die Anzahl der Beschäftigten insgesamt, d. h. innerhalb wie außerhalb früher Bildung, Schulen und Hochschulen, die im gleichen Zeitraum um 9 % stieg.

Der Anteil der ab 50-Jährigen an den Beschäftigten in einem pädagogischen Beruf liegt 2018 außerhalb von früher Bildung, Schulen und Hochschulen mit 43 % über dem Anteil innerhalb (37 %), wodurch der Personalbedarf hier in Zukunft noch höher liegen wird (Tab. B2-10web). Obwohl der Anteil der Frauen in den Wirtschaftszweigen außerhalb früher Bildung, Schulen und Hochschulen mit 54 % deutlich geringer ausfällt als in den Wirtschaftszweigen innerhalb dieser Bereiche (74 %), ist Teilzeittätigkeit hier mit 56 % in ähnlichem Umfang verbreitet.

Im Wirtschaftszweig „Sonstiger Unterricht“ liegt 2018 der Anteil der ab 50-Jährigen an den Beschäftigten in einem pädagogischen Beruf mit 48 % noch einmal etwas höher als außerhalb früher Bildung, Schulen und Hochschulen und damit auch über dem Anteil innerhalb früher Bildung, Schulen und Hochschulen. Der Anteil der Frauen im Wirtschaftszweig „Sonstiger Unterricht“ fällt mit 59 % leicht höher aus als außerhalb früher Bildung, Schulen und Hochschulen (54 %), aber deutlich geringer als innerhalb dieser Bereiche (74 %). Gleichwohl sind 68 % des Personals in Teilzeit erwerbstätig, was einem deutlich höheren Anteil des Personals als außerhalb (56 %) und innerhalb früher Bildung, Schulen und Hochschulen (54 %) entspricht.

Methodische Erläuterungen

Bildungspersonal

Unter Bildungspersonal werden im vorliegenden Kontext das in öffentlichen und privaten Einrichtungen des Bildungswesens beschäftigte Personal sowie Tagespflegepersonen verstanden. Dies umfasst sowohl das pädagogische und wissenschaftliche als auch das sonstige Personal. Zum pädagogischen und wissenschaftlichen Personal zählen Tagespflegepersonen, das im Gruppendienst tätige Personal in Kindertageseinrichtungen (ohne Personen in Berufsausbildung), Lehrkräfte und unterstützendes Personal an Schulen (u. a. Sozialpädagoginnen und -pädagogen, Sozialarbeiterinnen und -arbeiter) sowie das wissenschaftliche und künstlerische Personal an Hochschulen. Zum sonstigen Personal zählen das Leitungs-, Verwaltungs- und hauswirtschaftliche/technische Personal an Kindertageseinrichtungen, Personal an Schulen unterhalb der Vergütungs- bzw. Besoldungsgruppe E9 bzw. A9 sowie das Verwaltungs- und technische Personal an Hochschulen (ohne Personen in Berufsausbildung). Abweichungen zu C4 entstehen aufgrund von unterschiedlichen Abgrenzungen des Personals.

Bildungspersonalrechnung

Die Bildungspersonalrechnung weist Angaben zum haupt- und nebenberuflichen Bildungspersonal über alle Bildungsbereiche einheitlich und überschneidungsfrei nach. Derzeit umfassen die Daten das Personal in Kindertageseinrichtungen, an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen, an Schulen des Gesundheitswesens, an Hochschulen (einschließlich Hochschul-

kliniken) sowie Tagespflegepersonen. Hierfür werden Angaben aus der Kinder- und Jugendhilfestatistik ^①, der Hochschulstatistik ^②, der Personalstandstatistik ^③ des öffentlichen Dienstes sowie Angaben der KMK zusammengeführt. Durch die Nichtberücksichtigung von Auszubildenden, Praktikanten und sonstigen Hilfskräften unterscheidet sich die Anzahl des Personals an Hochschulen von den in F3 berichteten Zahlen.

Pädagogische Berufe innerhalb und außerhalb von früher Bildung, Schulen und Hochschulen

Die Ermittlung des Bildungspersonals mit pädagogischen Berufen innerhalb und außerhalb von früher Bildung, Schulen und Hochschulen erfolgt auf Basis des Berufsmerkmals (Klassifikation der Berufe, KldB) und des Wirtschaftszweigs (WZ) der hauptsächlichen Tätigkeit im Mikrozensus. Pädagogische Berufe außerhalb von früher Bildung, Schulen und Hochschulen sind z. B. Lehrtätigkeiten an Volkshochschulen, an Musikschulen oder in der Weiterbildung in Unternehmen. Berufe wie Sozialpädagogik und soziale Arbeit werden dabei nicht berücksichtigt. Die Wirtschaftszweige innerhalb von früher Bildung, Schulen und Hochschulen umfassen „Kindergärten und Vorschulen“, „Grundschulen“, „weiterführende Schulen“ und den „tertiären und postsekundären, nichttertiären Unterricht“. Außerhalb von früher Bildung, Schulen und Hochschulen wurden die Wirtschaftszweige abgebildet, in denen die meisten Personen mit pädagogischen Berufen tätig sind. Aufgrund methodischer Unterschiede sind die Ergebnisse nur eingeschränkt mit der Bildungspersonalrechnung vergleichbar.

Bildungsausgaben

Zuletzt im Bildungsbericht 2018 als B3

Die Bildungsausgaben^M stellen die dem Bildungssystem zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen dar. Aufgrund ihres großen Einflusses auf die Gestaltung der Bildungsprozesse sind die Ausstattung des Bildungswesens mit Finanzmitteln, deren Verteilung auf die einzelnen Bildungsbereiche und die Finanzierungsbeiträge von Bund, Ländern, Gemeinden sowie dem privaten Bereich wichtige Aspekte in der aktuellen bildungspolitischen Diskussion.

Die Corona-Pandemie und die damit einhergehende kurzfristige Umstellung auf alternative, teilweise digitale Lehr- und Lernformate begründen einen erhöhten Finanzbedarf im Bildungssektor. Gleichzeitig ist jedoch zu erwarten, dass sich die Finanzierungsspielräume der Bildungseinrichtungen und ihrer Träger aufgrund gestiegener Finanzbedarfe in anderen Sektoren verkleinern.

Bildungsausgaben im Überblick

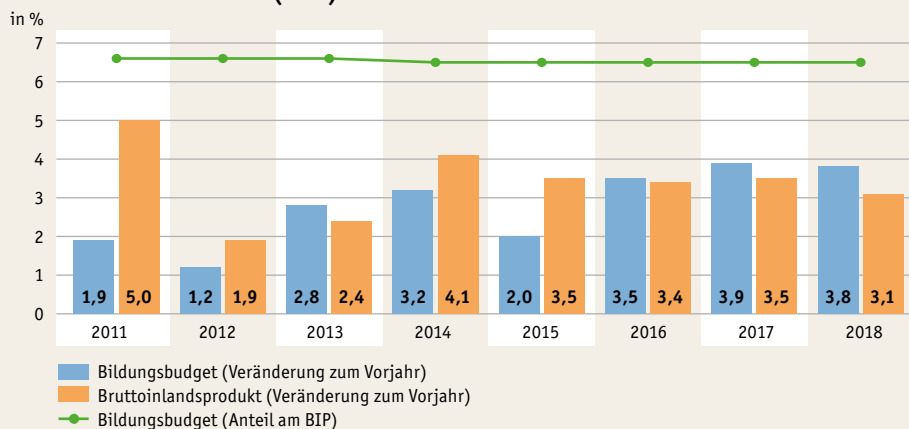
Die öffentlichen und privaten Ausgaben für Bildung werden im Bildungsbudget^D zusammengefasst. 2017 wurden in Deutschland 210,2 Milliarden Euro (6,5 % des BIP) und im Folgejahr 218,3 Milliarden Euro (6,5 % des BIP) für Bildung aufgewendet¹. Das umfassendere Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft, das auch Ausgaben für die Forschung sowie für die sonstige Bildungs- und Wissenschaftsinfrastruktur enthält, belief sich 2017 auf 298,9 Milliarden Euro (9,2 % des BIP) und 2018 nach vorläufigen Berechnungen auf 310,2 Milliarden Euro (9,3 % des BIP) (Tab. B3-1web, Tab. B3-2web).

Die Bildungsausgaben und das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stiegen im Zeitraum von 2011 bis 2018 kontinuierlich. Zunächst wuchs das BIP in den meisten Jahren zwischen 2011 und 2015 prozentual stärker als die Bildungsausgaben. Seit 2016 verzeichnen jedoch die Bildungsausgaben einen höheren Anstieg als das BIP. Folglich ging der Anteil der Bildungsausgaben bezogen auf das BIP von 6,6 % im Jahr 2011 auf 6,5 % im Jahr 2014 zurück und stagnierte seither auf diesem Niveau (Abb. B3-1).

Im Bildungsbudget spiegeln sich auch die Strukturverschiebungen zwischen den Bildungsbereichen wider. Während sich die Anzahl der Kinder im Elementarbereich

2018: Anteil der Bildungsausgaben am BIP 6,5 %

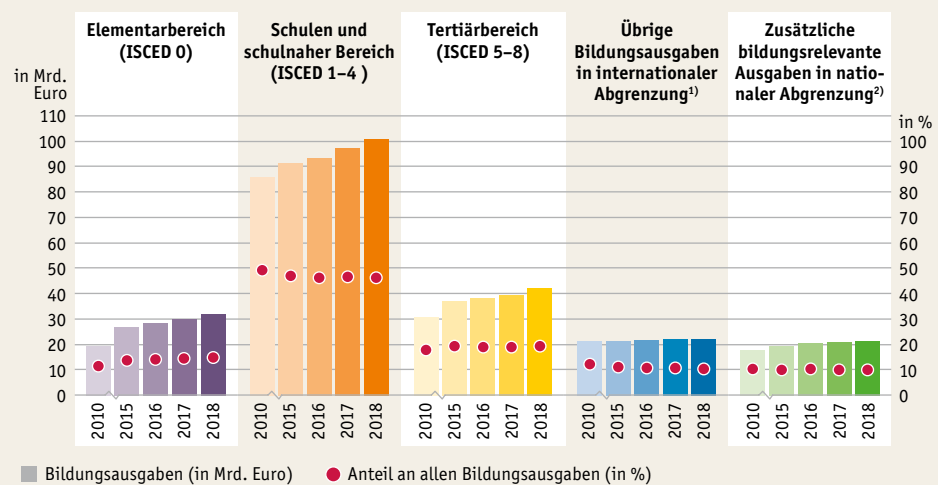
Abb. B3-1: Entwicklung des Bildungsbudgets und des Bruttoinlandsprodukts 2011 bis 2018 (in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft 2017/2018; Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

→ Tab. B3-1web

¹ Als Referenzgröße für die Bildungsausgaben in Deutschland bietet sich der internationale Vergleich an, bei dem die Ausgaben für Bildungseinrichtungen vom Primar- bis zum Tertiärbereich gegenübergestellt werden (siehe letzter Abschnitt B3).

Abb. B3-2: Bildungsausgaben und deren Anteil nach Bildungsbereichen 2010 und 2015 bis 2018*

* Vgl. Anmerkungen zu **Tab. B3-1web**.

1) Beamtenausbildung im mittleren Dienst, Serviceleistungen der öffentlichen Verwaltung, Studienseminare, Ausgaben privater Haushalte für Lernmittel, Nachhilfe und dergleichen, Förderung von Bildungsteilnehmenden in ISCED-Bildungsgängen.

2) Betriebliche Weiterbildung, Lehrerfortbildung, Volkshochschulen, Förderung der beruflichen Weiterbildung, Horte und Jugendarbeit.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft 2017/2018

→ **Tab. B3-1web, Tab. B3-3web**

Größter Ausgabenbereich des Bildungsbudgets: Schulen und schulnaher Bereich

zwischen 2011/12 und 2018/19 um 17 % und die Anzahl der Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer im Tertiärbereich um 19 % erhöhte, ging die Zahl der Schülerinnen und Schüler (ISCED 1 bis 4) um 5 % zurück (**Tab. B4-2web**). Die Ausgaben für Schulen und den schulnahen Bereich² wurden zwischen 2010 und 2018 erhöht und prägen nach wie vor das Bildungsbudget maßgeblich. Jedoch sank ihr Anteil im Zeitraum von 2010 bis 2018 von 49 auf 46 %, da die Ausgaben in anderen Bereichen stärker stiegen. Die Ausgabenanteile für den Tertiärbereich wuchsen von 18 auf 19 % und im Elementarbereich von 11 auf 15 %. Die Zunahme im Elementarbereich steht in engem Zusammenhang mit dem 2013 eingeführten Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz für Kinder ab dem 1. Lebensjahr und dem damit einhergehenden Ausbau der Kindertagesbetreuung (**Abb. B3-2, Tab. B3-3web**).

Die übrigen Bildungsausgaben in internationaler Abgrenzung, wozu u. a. Ausgaben privater Haushalte für Lernmittel und Nachhilfe sowie die Förderung von Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmern gehören, lagen 2018 nahezu auf dem Stand von 2010. Ihr Anteil am Bildungsbudget ging deshalb um 2 Prozentpunkte zurück. Dagegen nahmen die zusätzlichen bildungsrelevanten Ausgaben in nationaler Abgrenzung, zu denen u. a. die Ausgaben für betriebliche Weiterbildung, Volkshochschulen, Horte und Jugendarbeit gerechnet werden, in dem Zeitraum von 2010 bis 2018 um 19 % zu, sodass ihr Anteil am Bildungsbudget annähernd konstant blieb.

Bildungsausgaben nach finanzierenden Sektoren

Die Bildungsausgaben in Deutschland werden überwiegend von der öffentlichen Hand finanziert. Im Jahr 2017 wurden vier Fünftel der Bildungsausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden aufgebracht, das restliche Fünftel von Privathaushalten, Organisationen ohne Erwerbszweck und Unternehmen sowie vom Ausland (**Tab. B3-2web**). Der

² Zum schulnahen Bereich zählen u. a. die Ausgaben für die betriebliche Weiterbildung im dualen System und die Schülerbeförderung.

Bund finanzierte 11 % der Bildungsausgaben insgesamt. Seine Finanzierungsschwerpunkte lagen im Bereich der Förderung von Bildungs- sowie Weiterbildungsteilnehmerinnen und -teilnehmern, die zu jeweils 58 % und 100 % vom Bund finanziert wurden. Darüber hinaus kamen 18 % der Gelder der Hochschulen vom Bund. Die Länder trugen insgesamt 53 % des Bildungsbudgets. Besonders hoch war ihr Finanzierungsanteil mit 83 % bei den allgemeinbildenden Schulen und mit 69 % bei den Hochschulen. Die Gemeinden, deren Anteil an den Bildungsausgaben insgesamt 17 % betrug, finanzierten schwerpunktmäßig die Kindertagesbetreuung im Elementarbereich (54 %) und die beruflichen Schulen (24 %).

Lediglich in der beruflichen Ausbildung im dualen System mit 76 % (8,7 Milliarden Euro) und in der betrieblichen Weiterbildung mit 90 % (10,1 Milliarden Euro) überwiegt der Anteil von privaten Haushalten, Organisationen ohne Erwerbszweck (z.B. Vereine) sowie Unternehmen an der Finanzierung.

Förderung der Digitalisierung in Schulen

In Bezug auf die Gelegenheitsstrukturen, die durch die Digitalisierung der Lebenswelten und Bildungseinrichtungen entstehen (vgl. H2), ist von Bedeutung, dass Bund und Länder seit Mai 2019 im Rahmen des „DigitalPakt Schule“ die Ausstattung von Schulen mit digitaler Technik zur Unterrichtsgestaltung fördern. Der Bund stellt hierfür durch ein Sondervermögen bis 2024 insgesamt 5 Milliarden Euro bereit. Die Schulträger bzw. Länder leisten darüber hinaus einen Eigenanteil von mindestens 10 % der Investitionssumme, sodass bis 2024 mindestens 5,6 Milliarden Euro in die Digitalisierung von Schulen fließen sollen. In den ersten Monaten seit Inkrafttreten des Digitalpakts (Februarmeldung mit Stand zum 31. Dezember 2019) waren 242 Förderanträge in Bearbeitung, darunter bereits 146 bewilligt, die einer Investitionssumme von 14,2 Millionen Euro entsprachen. Im Rahmen von 22 abgeschlossenen Vorhaben waren 7,2 Millionen Euro an die Schulträger bzw. Länder geflossen.

Zur Schaffung der notwendigen Voraussetzungen für die Nutzung digitaler Technik in Schulen fördert der Bund seit 2017 darüber hinaus den dortigen Breitbandausbau. Dem Sondervermögen werden bis 2021 insgesamt 10 bis 12 Milliarden Euro für den Breitbandausbau zugeführt. Diese Mittel stehen der Förderung von Netzausbauprojekten an Schulen, Krankenhäusern und auch in Gewerbegebieten ländlicher Regionen zur Verfügung. Seit 2017 wurden 9.571 Schulen in Fördervorhaben integriert (Stand 12.03.2020).

Ausgaben je Bildungsteilnehmerin und Bildungsteilnehmer an öffentlichen Bildungseinrichtungen

Die jährlichen Ausgaben je Bildungsteilnehmerin und -teilnehmer^M setzen sich zusammen aus den Ausgaben für Personal, laufenden Sachaufwand sowie für Investitionen. Die Ausgaben an öffentlichen Schulen je Schülerin und Schüler betragen 2017 durchschnittlich 7.300 Euro (Tab. B3-4web, Tab. B3-5web). Während an allgemeinbildenden Schulen 8.000 Euro ausgegeben wurden, waren es an beruflichen Schulen – bedingt durch den hohen Anteil des Teilzeitunterrichts in der dualen Ausbildung – 5.100 Euro (Tab. B3-6web). Die Ausgaben je Schülerin und Schüler an öffentlichen Schulen sind im Zeitraum von 2010 bis 2017 um rund 22 % gestiegen. Die Erhöhung der durchschnittlichen Ausgaben pro Kopf lässt sich auch auf die in diesem Zeitraum rückläufigen Schülerzahlen zurückführen, denn eine lineare Anpassung der Ausgaben an die Entwicklung der Schülerzahlen ist aufgrund von Unter- und Obergrenzen für Klassengrößen und personalrechtlichen Regelungen kurzfristig nicht zu realisieren. Darüber hinaus haben aber auch bildungspolitische Entscheidungen (z.B. zum Ausbau von Ganztagschulen, vgl. D3) zu Mehrausgaben geführt.

Länder tragen zum Großteil die Finanzierung der allgemeinbildenden Schulen und Hochschulen

Ausgaben je Schülerin und Schüler an öffentlichen Schulen seit 2010 um rund 22 % gestiegen

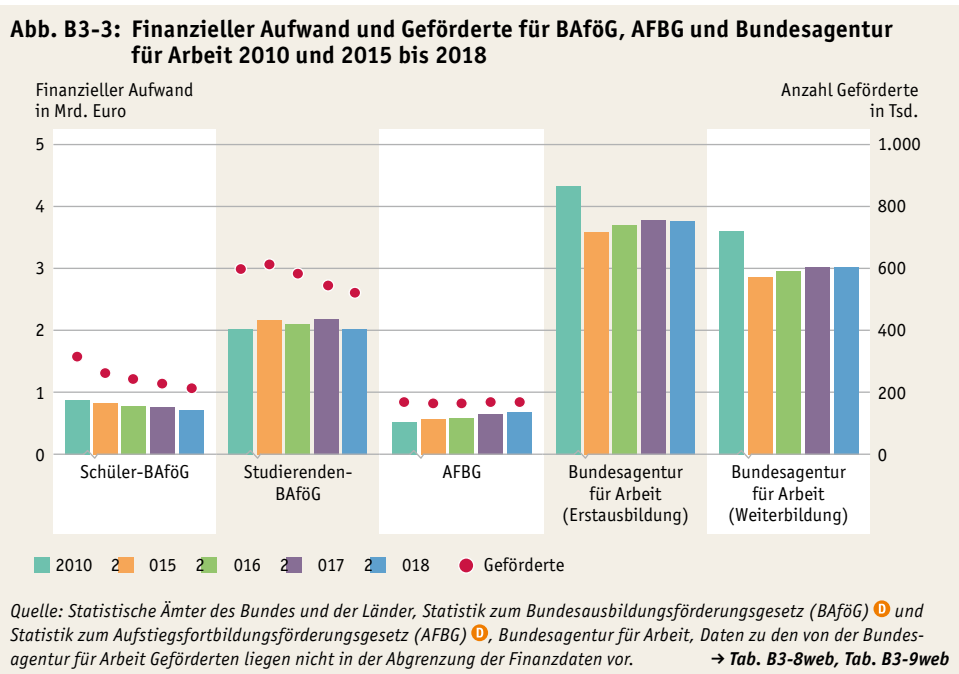
Ausgaben je Studierende und Studierenden an öffentlichen Hochschulen seit 2010 um rund 3 % gestiegen

Die Ausgaben für die Lehre je Studierende und Studierenden an öffentlichen Hochschulen variieren stark zwischen den Fächergruppen. 2017 betrug sie durchschnittlich 7.500 Euro. Zwischen 2010 und 2017 wuchs die Zahl der Studierenden an öffentlichen Hochschulen um 24 %. Die Ausgaben für Lehre stiegen gleichzeitig nur um 19 %, sodass die Ausgaben je Studierende und Studierenden an öffentlichen Hochschulen für die Lehre um 4 % abnahmen (2010: 7.800 Euro). Für Forschung und Entwicklung an Hochschulen wurden weitere 6.600 Euro pro Kopf ausgegeben. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung an Hochschulen stiegen zwischen 2010 und 2017 um insgesamt 35 %, sodass auch die Pro-Kopf-Ausgaben trotz steigender Studierendenzahlen um 9 % zunahmen (2010: 6.000 Euro). An den öffentlichen Fachhochschulen stiegen die Zahl der Studierenden mit 32 % und die Ausgaben für Lehre und Forschung mit 46 % besonders stark. Da die Kosten je Studierende und Studierenden an öffentlichen Fachhochschulen (2017: 8.000 Euro) deutlich niedriger sind als an öffentlichen Universitäten (2017: 16.700 Euro), stiegen die Ausgaben pro Kopf für Lehre und Forschung zwischen 2010 und 2017 um nur 2 % (Tab. B3-7web). Die zusätzlichen finanziellen Mittel für die Hochschulen wurden durch verschiedene Förderprogramme des Bundes und der Länder bereitgestellt. Hierzu zählen insbesondere der Hochschulpakt, der Qualitätspakt Lehre sowie die Exzellenzstrategie.

Bildungsförderung

2018: 2,7 Mrd. Euro für BAföG-Leistungen aufgewendet

Die Zahl der nach Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) geförderten Studierenden sank im Zeitraum von 2010 bis 2018 um 13 % auf 518.000, während die Zahl der Studierenden in der Regelstudienzeit³, die ohne Betrachtung der Einkommens- und Vermögenssituation förderfähig wären, um 29 % stieg. Damit ging das Verhältnis der BAföG-geförderten Studierenden zu den Studierenden in der Regelstudienzeit von 41 auf 28 % zurück. Die Ausgaben für das Studierenden-BAföG verringerten sich im gleichen Zeitraum um lediglich ein Prozent auf 2 Milliarden Euro, da gleichzeitig u. a. der Förderhöchstbetrag angehoben wurde. Die durchschnittliche Förderung pro Kopf



³ Studierende im Erst- und konsekutiven Masterstudium, die die im Fördergesetz definierten Altersgrenzen noch nicht überschritten haben.

stieg zwischen 2010 und 2018 von monatlich 436 Euro auf 493 Euro. Demgegenüber nahmen in diesem Zeitraum die öffentlichen Ausgaben für Hochschulen um 36 % zu.

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die BAföG erhielten, verringerte sich zwischen 2010 und 2018 um 35 % auf 209.000. In diesem Zeitraum ging allerdings auch die Zahl der Schülerinnen und Schüler⁴, die ohne Betrachtung der Einkommens- und Vermögenssituation förderfähig wären, um 15 % zurück, sodass sich das Verhältnis der BAföG-geförderten Schülerinnen und Schüler zu den Schülerinnen und Schülern insgesamt von 11 auf 9 % verringerte. Die BAföG-Ausgaben sanken um 17 % auf 0,7 Milliarden Euro nur halb so stark, da die durchschnittliche Pro-Kopf-Förderung um 27 % auf 454 Euro im Monat stieg.

Menschen, die eine Fachschule, einen Meister- oder Technikerlehrgang besuchen, können nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)⁵ gefördert werden. Im Jahr 2018 nahmen 167.000 Menschen diese Möglichkeit in Anspruch – 2010 waren es 166.000 Menschen. Insgesamt wurden 2018 dafür 0,7 Milliarden Euro aufgewendet, was einem Anstieg von 28 % gegenüber 2010 entspricht (**Abb. B3-3, Tab. B3-8web**).

Die Bundesagentur für Arbeit fördert im Rahmen ihrer Arbeitsmarktpolitik Maßnahmen der Erstausbildung sowie Weiterbildung und unterstützt zudem Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Bildungsmaßnahmen mit Zuschüssen zu den Lebenshaltungskosten. 2018 gaben die Bundesagentur für Arbeit und das Bundesministerium für Arbeit und Soziales 3,8 Milliarden Euro für die Erstausbildung und 3,0 Milliarden Euro für die Förderung beruflicher Bildung (Weiterbildung) aus (**Tab. B3-9web**).

Bildungsausgaben im internationalen Vergleich

Im internationalen Vergleich werden üblicherweise die Bildungsausgaben für formale Bildungseinrichtungen vom Primar- bis zum Tertiärbereich, die eine Teilsumme des Bildungsbudgets bilden, gegenübergestellt. In Deutschland sind diese Bildungsausgaben gemessen am Bruttoinlandsprodukt niedriger als im internationalen Vergleich. 2016 beliefen sie sich auf 4,2 % des BIP, im OECD-Durchschnitt waren es 5,0 % und im EU-23-Durchschnitt⁶ 4,5 %. Nicht darin enthalten sind die Ausgaben für die frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung. Hier lagen im Jahr 2016 Deutschland sowie der EU-23-Durchschnitt mit einem Anteil von jeweils 0,9 % des BIP leicht über dem OECD-Durchschnitt von 0,8 % (**Abb. B3-4, Tab. B3-10web**).

Im Jahr 2016 lagen in Deutschland die durchschnittlichen Ausgaben bezogen auf die Anzahl der vollzeitäquivalenten Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer vom Primar- bis zum Tertiärbereich mit 12.600 US-Dollar über dem OECD-Durchschnitt von 10.500 US-Dollar wie auch dem EU-23-Durchschnitt von 10.700 US-Dollar. Auch in den meisten Bildungsbereichen übertrafen die Ausgaben je Bildungsteilnehmerin und -teilnehmer in Deutschland die internationalen Vergleichswerte. Besonders groß war der Unterschied bei beruflichen Bildungsgängen der Sekundarstufe II aufgrund der darin enthaltenen Ausgaben für die duale Ausbildung. In Deutschland wurden hierfür 16.300 US-Dollar je Bildungsteilnehmerin und -teilnehmer aufgewendet, während es OECD-weit durchschnittlich 10.900 US-Dollar und in der EU-23 11.300 US-Dollar waren. Die Ausgaben je Bildungsteilnehmerin und -teilnehmer werden zudem beeinflusst vom Lohn- und Gehaltsniveau, dem Umfang an Ganztagsunterricht, der Klassengröße sowie dem Umfang der Lernmittelfreiheit (**Abb. B3-4, Tab. B3-11web**).

Ausgaben für Bildungseinrichtungen als Anteil am BIP in Deutschland unter internationalem Durchschnitt

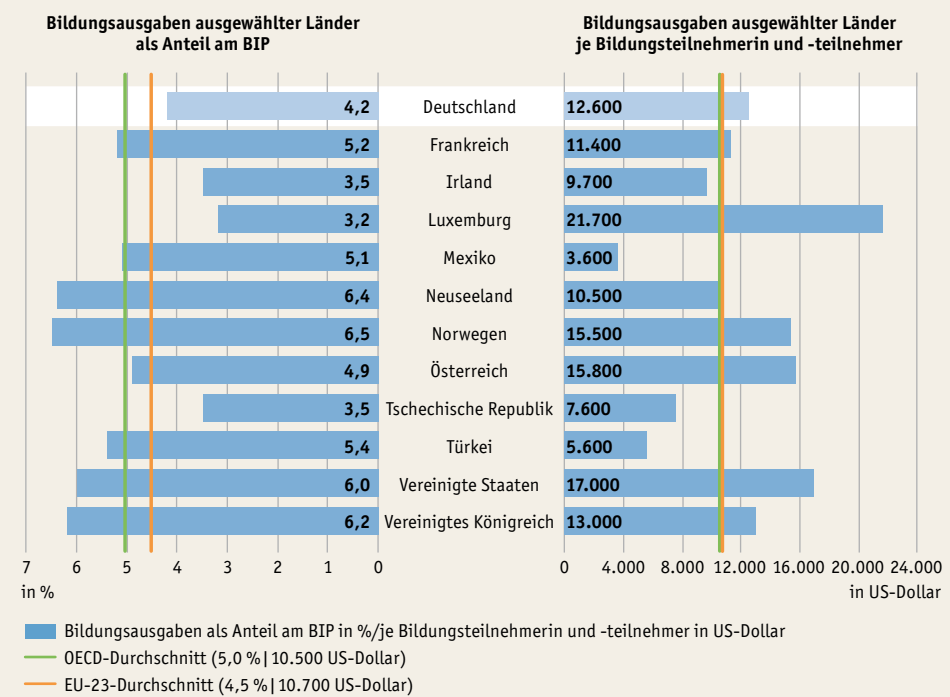
Ausgaben je Bildungsteilnehmerin und -teilnehmer über internationalem Durchschnitt

4 Schülerinnen und Schüler im Alter von 15 Jahren und älter an Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien, Integrierten Gesamtschulen, Abendhauptschulen, Abendrealschulen, Abendgymnasien, Kollegs, Berufsaufbauschulen, Berufsfachschulen, Fachoberschulen und Fachschulen.

5 Zur Förderung von Aufstiegsfortbildungen von Berufsqualifizierten besteht seit 1996 ein eigenes Gesetz, das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG). Diese Förderung soll Nachwuchskräften helfen, ihre Weiterbildung für einen Fortbildungsabschluss, der einen beruflichen Aufstieg ermöglicht, zu finanzieren.

6 Durchschnitt der 23 EU-Mitgliedstaaten, die gleichzeitig auch der OECD angehören.

Abb. B3-4: Ausgaben für Bildungseinrichtungen vom Primar- bis Tertiärbereich 2016 nach ausgewählten Staaten



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von Tabelle C1.1 und C2.2 in OECD, *Bildung auf einen Blick* 2019.

→ Tab. B3-10web, Tab. B3-11web

Methodische Erläuterungen

Bildungsausgaben

Bildungsausgaben umfassen Ausgaben für Personal (einschl. Beihilfen und Sozialversicherungsbeiträgen), Sachaufwand, Investitionsausgaben und unterstellte Sozialbeiträge für die Altersversorgung der im Bildungsbereich aktiven Beamtinnen und Beamten nach dem Konzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Nicht enthalten sind Abschreibungen, Finanzierungskosten, Ausbildungsvergütungen, Personalausfallkosten der Weiterbildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer im Rahmen der betrieblichen Weiterbildung und die Versorgungszahlungen für im Ruhestand befind-

liche ehemalige Beschäftigte des Bildungsbereichs. Im Rahmen der Bildungsförderung werden öffentliche Ausgaben für BAFöG, AFBG, Umschulungen, Schülerbeförderung u. a. nachgewiesen. Falls nicht unmittelbar erwähnt, werden die Ausgaben in den jeweiligen Preisen angegeben.

Ausgaben je Bildungsteilnehmerin und -teilnehmer

Bei dieser Kennzahl werden die öffentlichen Ausgaben (einschl. unterstellter Sozialbeiträge für aktives verbeamtetes Personal) in den jeweiligen öffentlichen Bildungseinrichtungen (Schulen, Hochschulen) auf die jeweiligen Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer bezogen.

Bildungsbeteiligung

Zuletzt im Bildungsbericht 2018 als B4

B
4

Die Bildungsbeteiligung ist einerseits eine zentrale Voraussetzung für den Erwerb von Bildungsabschlüssen (B5). Andererseits wirkt sie sich mittelfristig auf die politische, kulturelle und soziale Teilhabe sowie die Beteiligung am Erwerbsleben aus und liefert einen wichtigen Beitrag zu den persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten der Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer (vgl. I). Die Minimierung von Ungleichheiten ist deshalb ein wesentliches bildungspolitisches Ziel. Im Folgenden stehen daher die zeitliche Veränderung von Bildungsbeteiligung nach Bildungsbereichen, die Bildungsbeteiligung nach Migrationshintergrund und regionale Unterschiede nach Kreistypen sowie internationale Unterschiede in der Bildungsbeteiligung im Vordergrund. Da die Daten zur Weiterbildungsbeteiligung nicht vergleichbar erfasst werden, wird hierüber vor allem in G2 berichtet.

Struktur der Bildungsbeteiligung

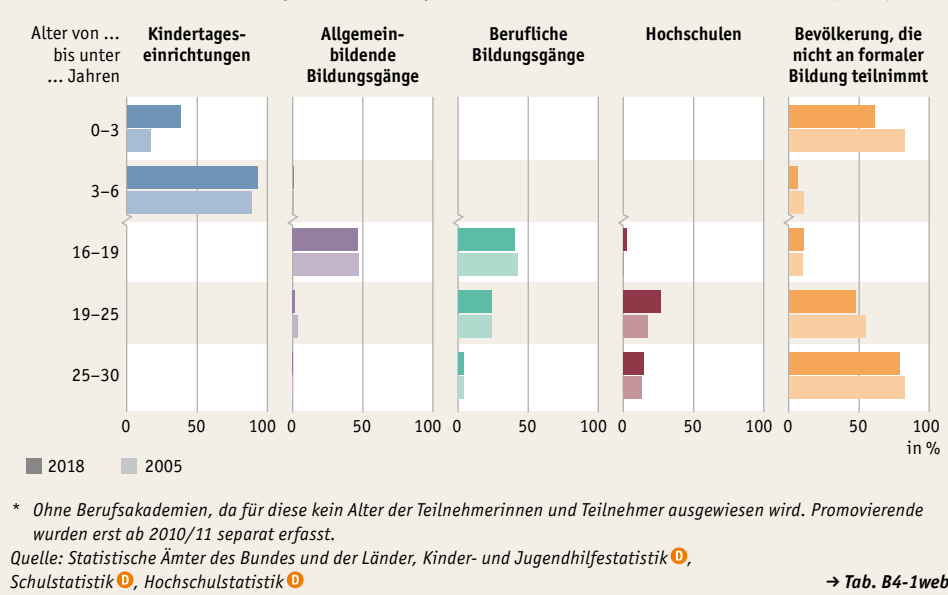
Im Jahr 2018 nutzen 17,2 Millionen Menschen die Bildungsangebote in der frühen Bildung, in allgemeinbildenden und beruflichen Bildungsgängen sowie an Hochschulen (Tab. B4-1web, Tab. B4-2web). Die Anzahl der Menschen in Bildung steigt gegenüber 2010 wieder leicht an. Diese Entwicklung verläuft jedoch nicht gleichmäßig über alle Bildungsbereiche hinweg. In der frühen Bildung ist seit 2005 ein durchschnittlicher jährlicher prozentualer Zuwachs von 8 % der Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer im Alter von unter 3 Jahren zu verzeichnen. Diese Entwicklung spiegelt deutlich den Ausbau der frühen Bildung (vgl. C2) wider. Ebenfalls deutlich gestiegen ist seit 2005 die Anzahl der Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer im tertiären Bereich (ohne Promovierende) mit einem durchschnittlichen jährlichen Zuwachs von 3 %. Hier bildet sich die gestiegene Studienplatznachfrage (vgl. F2) ab.

Neben diesen Trends wirkt sich aber auch die demografische Entwicklung in Form größerer Jahrgangsstärken aus (vgl. A1): Die Anzahl von Kindern zwischen 3 Jahren und dem Schuleintrittsalter in Bildungseinrichtungen steigt seit 2012 wieder, seit 2014 – leicht zeitlich versetzt – auch die Anzahl der Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer im Primarbereich. Die Zahl der Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer im Sekundarbereich I geht zwar weiterhin zurück, es ist jedoch davon auszugehen, dass der zu beobachtende Anstieg in der frühen Bildung und im Primarbereich sich schon bald im Sekundarbereich abzeichnen wird (vgl. D1 sowie Autorengruppe Kinder- und Jugendhilfestatistik, 2019).

Die Bildungsbeteiligungsquote der unter 3-Jährigen ist seit 2005 deutlich gestiegen und liegt im Jahr 2018 mit 39 % um 21 Prozentpunkte über dem Ausgangsniveau. Die Quote der 3- bis unter 6-Jährigen hat sich im gleichen Zeitraum um 4 Prozentpunkte erhöht und liegt 2018 bei 94 % (Tab. B4-1web, Tab. B4-4web, Abb. B4-1). Bei den 16- bis unter 19-Jährigen liegt die Bildungsbeteiligungsquote 2005 und 2018 konstant bei 90 %. Eine genauere Betrachtung der Altersjahre von 16 bis 18 im Jahr 2018 zeigt, dass die meisten 16- und 17-Jährigen noch der Teilzeitschulpflicht unterliegen, die Beteiligung bei 96 % und 93 % liegt und erst bei den 18-Jährigen auf 81 % abfällt. Im Vergleich zu 2005 steigt bei den 19- bis unter 25-Jährigen die Beteiligung an Hochschulbildung um 10 Prozentpunkte auf 27 % und bleibt bei den 25- bis unter 30-Jährigen mit 15 % annähernd konstant. Bei den 19-Jährigen reduziert sich der Anteil von Menschen in allgemeiner Bildung um 10 Prozentpunkte auf 6 % und der Anteil von Menschen in Hochschulbildung steigt um 14 Prozentpunkte auf 19 %. Hier spiegelt sich die teilweise Umstellung von G9 auf G8 wider, die zu einem früheren Übergang in die Hochschulbildung geführt hat. Angesichts des starken Anstiegs der Studienanfänger-

Mehr Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer insbesondere in der frühen Bildung und an den Hochschulen

Abb. B4-1: Entwicklung der Bildungsbeteiligung in Bildungseinrichtungen* zwischen 2005/06 und 2018/19 nach Bereichen und Altersgruppen (in %)



gerinnen und -anfänger zwischen 2005 und 2010 (vgl. **Abb. F3-1**) dürfte hier vor allem ein größerer Anteil der Bevölkerung Zugang zu Hochschulbildung gefunden haben. In den letzten Jahren kann angesichts konstanter Anfängerzahlen (vgl. **F3**) auch eine längere Verweildauer (vgl. **F4**) für den Quotenanstieg in der Hochschulbildung eine Rolle spielen. Insgesamt zeichnet sich sowohl vor der Schulpflicht als auch nach der Schulpflicht eine steigende Beteiligung der Bevölkerung an Bildung ab.

Soziale Disparitäten in der Bildungsbeteiligung

Bildungsbeteiligungsquote von Menschen mit Migrationshintergrund unterscheidet sich deutlich nach Herkunftsregionen

Die Minimierung sozialer Disparitäten bleibt ein bedeutsames bildungspolitisches Ziel, auch vor dem Hintergrund optimaler Ausschöpfung von Bildungspotenzialen in der Bevölkerung. Deutliche Unterschiede in der Bildungsbeteiligung nach Migrationshintergrund zeigen sich bei den unter 3-jährigen. Studien verweisen darauf, dass hier nicht so sehr unterschiedliche Betreuungswünsche ausschlaggebend sind, sondern vielmehr die Knappheit von U3-Plätzen, die den Zugang zu Kinderbetreuung gerade für diese Eltern erschwert (vgl. **C3**). Die Bildungsbeteiligungsquote der 16- bis unter 30-jährigen mit Migrationshintergrund liegt 2018 mit 49 % knapp unter der Beteiligung von Menschen ohne Migrationshintergrund (51 %). Eine deutliche Differenz ist jedoch bei den 19- bis unter 25-jährigen auszumachen: Hier liegt die Beteiligungsquote der Menschen mit Migrationshintergrund 6 Prozentpunkte niedriger als die der Menschen ohne Migrationshintergrund, die sich zu 60 % an Bildung beteiligen (**Tab. B4-5web**).

Die zusätzliche Berücksichtigung von Herkunftsregionen und Zuzugsalter unter den 19- bis unter 25-jährigen ergibt ein differenzierteres Bild: Während sich die Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund aus den EU-15-Staaten mit 58 % kaum von der von Menschen ohne Migrationshintergrund (60 %) unterscheidet, liegt die Bildungsbeteiligungsquote bei Menschen mit Migrationshintergrund aus den nach 2004 beigetretenen Mitgliedsländern der EU (EU-Ost) mit 43 % deutlich niedriger. Mit 13 % weisen unter den 19- bis 25-jährigen, die aus den nach 2004 beigetretenen Mitgliedstaaten der EU (EU-Ost) im Alter von mindestens 19 Jahren zugezogen sind, die niedrigste Bildungsbeteiligungsquote auf. Vermutlich haben sie Bildungseinrich-

tungen in den Herkunftsstaaten besucht und dort bereits Abschlüsse erworben und kommen nach Deutschland, um eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen (Tab. B4-6web).

Relativ hoch fällt die Bildungsbeteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund aus der Türkei aus. Mit 58 % liegt sie nur 3 Prozentpunkte unterhalb der von Menschen ohne Migrationshintergrund. Jedoch zeigen sich bei der Art der besuchten Bildungseinrichtung Unterschiede. Menschen mit Migrationshintergrund aus der Türkei besuchen um 11 Prozentpunkte seltener eine Hochschule als Menschen ohne Migrationshintergrund. Stattdessen besuchen sie um 3 Prozentpunkte häufiger noch eine allgemeinbildende Schule und um 4 Prozentpunkte häufiger berufliche Schulen (Tab. B4-6web).

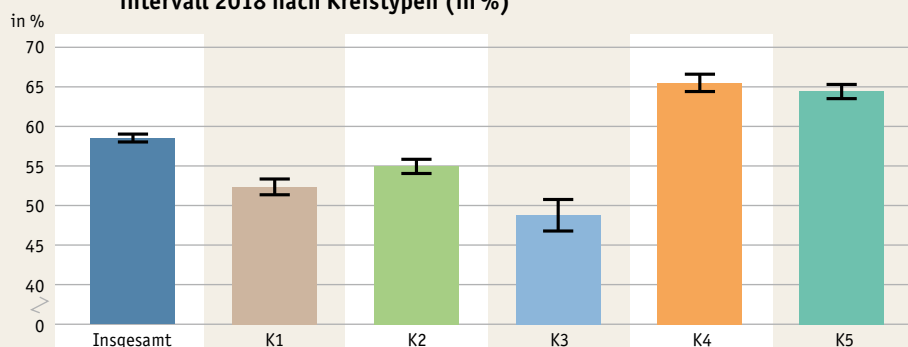
Bei der Art der besuchten Bildungseinrichtung zeigen sich vor allem bei den Hochschulen Unterschiede nach Migrationshintergrund. Insgesamt 30 % der Menschen im Alter von 19 bis unter 25 Jahren besuchten 2018 eine Hochschule. Die Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund am Studium lag dabei mit 24 % deutlich niedriger als der Durchschnitt, unterschied sich aber ebenfalls stark nach Herkunftsregion und Zuzugsalter. Eine hohe Beteiligungsquote war bei Menschen mit Migrationshintergrund aus den EU-15-Staaten mit 30 % zu beobachten. Menschen aus den EU-15-Staaten, die im Alter von 19 Jahren oder älter zugezogen sind, wiesen in dieser Gruppe mit 49 % einen besonders hohen Anteil der Hochschulbeteiligung auf. Dagegen studierten von den Menschen mit Migrationshintergrund aus den neuen EU-Beitrittsstaaten lediglich 19 % und aus der Türkei 21 % an Hochschulen (Tab. B4-7web).

Bildungsbeteiligung nach Kreistypen

Die Bildungsbeteiligungsquoten unterscheiden sich auch regional nach Kreistypen, die bereits unter der Angebotsperspektive eingeführt wurden (B1). Deutlich wird insbesondere der Unterschied zwischen eher ländlichen und städtischen Räumen (Tab. B4-8web). Während bei den 16- bis unter 19-Jährigen bei einer Bildungsbeteiligung zwischen 94 und 96 % nur geringe Unterschiede zwischen den Kreistypen zu beobachten sind, sind die Unterschiede bei den 19- bis unter 25-Jährigen sowie den 25- bis unter 30-Jährigen deutlich ausgeprägter. In den überwiegend ostdeutschen

Niedrige Bildungsbeteiligung in ostdeutschen Landkreisen und kreisfreien Städten

Abb. B4-2: Bildungsbeteiligung der 19- bis unter 25-Jährigen und 95%-Konfidenzintervall 2018 nach Kreistypen (in %)



* Bei der Typisierung der Kreise werden Kreise und kreisfreie Städte zusammengeführt, deren Rahmenbedingungen ähnlich sind.

Kreistyp 1: Ländliche Landkreise, dünn besiedelt mit geringem Anteil an Beschäftigten mit hohem Anforderungsprofil

Kreistyp 2: Eher strukturstarke Landkreise, mit jüngerer Bevölkerung

Kreistyp 3: Überwiegend ostdeutsche Landkreise und kreisfreie Städte, strukturschwächer mit älterer Bevölkerung

Kreistyp 4: Kreisfreie Städte, strukturschwächer und dicht besiedelt

Kreistyp 5: Großstädte, strukturstarke mit jüngerer Bevölkerung

Siehe hierzu auch die methodischen Erläuterungen zu Indikator B1. Weitere Informationen finden sich in: Kreis & Giar, 2020 und Gawronski, Kreis & Middendorf, 2017.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2018

→ Tab. B4-8web

Landkreisen und ostdeutschen kreisfreien Städten, die durch eine dünne Besiedlung und eher ältere Bevölkerung geprägt sind (Kreistyp 3), liegt die Bildungsbeteiligung mit 49 % bei den 19-bis unter 25-Jährigen und mit 11 % bei den 25-bis unter 30-Jährigen in beiden Altersgruppen sogar um je 17 Prozentpunkte niedriger als in kreisfreien Städten (Kreistyp 4) (**Abb. B4-2**).

Besonders hoch ist die Bildungsbeteiligung in kreisfreien Städten, die struktur-schwächer und dicht besiedelt sind (Kreistyp 4), und in Großstädten, die in der Regel auch Hochschulstandorte sind (Kreistyp 5): Hier liegen die Quoten bei den 19-bis unter 25-Jährigen bei 66 bzw. 65 % und bei den 25-bis unter 30-Jährigen bei 28 bzw. 27 %. Die höhere Bildungsbeteiligung in den kreisfreien Städten und Großstädten spiegelt die stärker ausgebaute Bildungsinfrastruktur in Bezug auf Hochschulen wider. Hier kommen 11 bzw. 14 Hochschulen, in den anderen Kreistypen hingegen nur 4 bis 5 Hochschulen auf 1 Million Einwohner (**Tab. B1-13web**). Darüber hinaus verzeichnet ein Hochschulstandort hier 5.000 und mehr Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Unterschied zu jeweils höchstens 3.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern in anderen Kreistypen. Bei der Bildungsbeteiligung je Kreistyp kommt auch die räumliche Mobilität vor allem von Studierenden zum Tragen, die häufig in diejenigen Städte umziehen, in denen sie studieren. Eine niedrigere Bildungsbeteiligung in dieser Altersgruppe – wie sie hier in den überwiegend ostdeutschen Landkreisen auftritt – kann zugleich mit einem hohen Anteil beruflicher Bildungsabschlüsse einhergehen (**B5, Tab. B5-8web**).

Bildungsbeteiligung im europäischen Vergleich

EU-Benchmarks zu den „frühen Schulabgängerinnen und -abgängern“ und zum lebenslangen Lernen in Deutschland noch nicht erreicht

Die EU definiert in ihrer „Europa-2020-Strategie für Beschäftigung und Wachstum“ (ET2020) 3 Benchmarks, die auf die Bildungsbeteiligung abzielen. Der Anteil der „frühen Schulabgängerinnen und -abgänger“^M liegt im Jahr 2018 mit 10,3 % in Deutschland wieder leicht über dem europäischen Zielwert von 10 % und nahe dem europäischen Durchschnitt von 10,6 % (**Tab. B4-9web**). Die Beteiligung an früher Bildung von Kindern im Alter von 4 Jahren bis zum Schuleintritt schwankt stark zwischen den verschiedenen Staaten; Deutschland gehört 2017 mit einem Anteil von 96 % zu den Mitgliedstaaten der EU, die das EU-Ziel von 95 % bereits erreicht haben, erstmals im Jahr 2008 (**Tab. B4-10web**). Dagegen konnten bisher nur 10 Mitgliedstaaten das gesetzte Ziel erreichen, dass sich 15 % der erwachsenen Bevölkerung am lebenslangen Lernen beteiligen (Teilnahme an formaler und non-formaler Bildung in den vorangegangenen 4 Wochen). Deutschland liegt hier mit 8,2 % sowohl unter dem Zielwert als auch dem EU-Durchschnitt von 11,1 % (**Tab. B4-11web**). Die höhere Teilnahmequote an non-formaler Bildung auf Basis des Adult Education Survey wird an anderer Stelle ausgewiesen (vgl. **G2**). Dort wird auch auf methodische Ursachen der Abweichungen zwischen den Quoten eingegangen.

Methodische Erläuterungen

Frühe Schulabgängerinnen und -abgänger

„Frühe Schulabgängerinnen und -abgänger“ sind Menschen im Alter von 18 bis 24 Jahren, die sich nicht oder nicht mehr in (Aus-)Bildung oder Weiterbildung befinden und nicht über einen Abschluss des Sekundarbereichs II verfügen.

Bildungsstand der Bevölkerung

Zuletzt im Bildungsbericht 2018 als B5

B5

Der Bildungsstand einer Person kann u.a. anhand der von ihr erreichten formalen Bildungsabschlüsse gemessen werden. Er ist sowohl auf individueller als auch auf gesellschaftlicher Ebene ein Schlüsselfaktor, da er die Zugangsmöglichkeiten zu weiterführender Bildung, die Erwerbschancen eines Individuums, die gesellschaftliche Teilhabe und die Fähigkeit zur aktiven Gestaltung der eigenen Biografie (individuelle Regulationsfähigkeit) beeinflusst. Aus volkswirtschaftlicher Sicht stellt ein hoher Bildungsstand der Bevölkerung eine Grundvoraussetzung für Innovationsfähigkeit dar und ist ein entscheidender gesellschaftlicher Wettbewerbsfaktor.

Bildungsabschlüsse nach Alter und Geschlecht

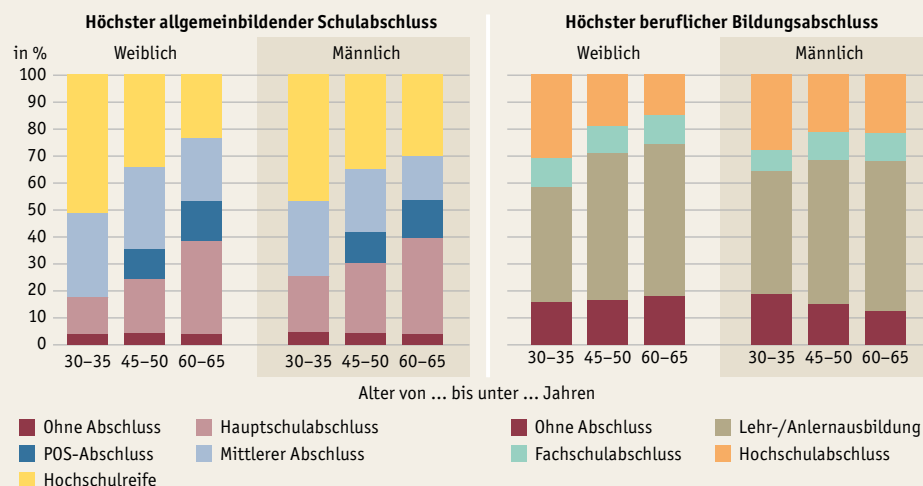
Sowohl bei der Entwicklung des Bildungsstands der Gesamtbevölkerung in den letzten 10 Jahren (**Tab. B5-3web, Tab. B5-4web**) als auch im Hinblick auf die Werte einzelner Kohorten ist ein positiver Trend zu verzeichnen (**Abb. B5-1, Tab. B5-1web, Tab. B5-2web**). Der hohe Anteil junger Menschen mit Hochschulzugangsberechtigung wirkt sich deutlich auf den entsprechenden Anteil in der Gesamtbevölkerung aus. Im Jahr 2008 verfügten 24 % der Bevölkerung über eine Hochschulreife. Im Jahr 2018 waren es bereits 33 %. Deutlich zurückgegangen ist im gleichen Zeitraum der Anteil von Menschen, die lediglich einen Hauptschulabschluss erworben haben, von 39 % im Jahr 2008 auf 30 % im Jahr 2018 (**Tab. B5-3web**). Der Anteil der Hochschulabsolventinnen und -absolventen ist seit 2008 um 5 Prozentpunkte auf 18 % im Jahr 2018 gestiegen. Gleichzeitig ging der Anteil derjenigen mit einer Lehr-/Anlernausbildung zurück (**Tab. B5-4web**).

Bildungsstand der Bevölkerung steigt weiterhin deutlich

Die positive Entwicklung des Bildungsstands unterscheidet sich nach den Geschlechtern. Während in den älteren Geburtskohorten Männer über einen höheren Bildungsstand verfügen, kehrt sich das Verhältnis bei den 40- bis unter 45-Jährigen in Bezug auf die Hochschulreife um und bei den 30- bis unter 35-Jährigen liegt der Anteil der Frauen mit Hochschulreife mit 51 % dann deutlich über dem der Männer (46 %) (**Abb. B5-1, Tab. B5-1web**). In Bezug auf den Hochschulabschluss findet eine Umkehr des Geschlechterverhältnisses bei den 30- bis unter 35-Jährigen statt. In dieser Altersgruppe verfügen signifikant mehr Frauen als Männer über einen Hochschul-

Frauen der jüngeren Generation verfügen über höheren Bildungsstand als Männer

Abb. B5-1: Bildungsabschlüsse der Bevölkerung 2018 nach ausgewählten Altersgruppen und Geschlecht (in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus © 2018

→ Tab. B5-1web; Tab. B5-2web

abschluss (31 vs. 28 %) (**Abb. B5-1, Tab. B5-2web**). Der Anteil der Menschen ohne beruflichen Abschluss veränderte sich insgesamt nur geringfügig, wenn auch bei Frauen mit abnehmender und bei Männern mit zunehmender Tendenz.

Erwachsene mit Hochschulabschluss

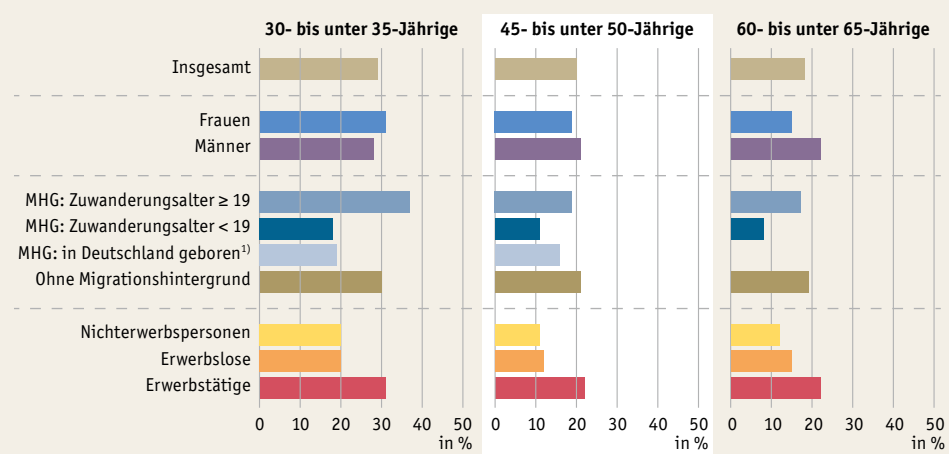
Der Anteil der Erwachsenen im Alter von 25 bis unter 65 Jahren mit Hochschulabschluss lag im Jahr 2018 bei 22 % (**Tab. B5-12web**). Dabei weisen Menschen mit Migrationshintergrund zwar insgesamt mit 21 % nur etwas seltener einen Hochschulabschluss auf als jene ohne Migrationshintergrund mit 23 %, allerdings ist dies vor allem auf Menschen zurückzuführen, die im Alter von 19 Jahren oder älter zugewandert sind. Sie verfügen zu 25 % über einen Hochschulabschluss, der zu einem Anteil von 81 % im Ausland erworben wurde. Hingegen liegt bei den 25- bis unter 65-Jährigen mit Migrationshintergrund, die in Deutschland geboren wurden und Einrichtungen in Deutschland besucht haben, der Anteil mit Hochschulabschluss bei 16 %, also 7 Prozentpunkte unter dem Anteil der Menschen ohne Migrationshintergrund. Mit 13 % rangiert der Anteil mit einem Hochschulabschluss bei denjenigen, die im Alter von unter 19 Jahren zugezogen sind, noch darunter. Der Erwerb von Hochschulabschlüssen in Deutschland erweist sich folglich für Menschen mit Migrationshintergrund als beschränkt. Diese Selektion erfolgt allerdings nicht in den Hochschulen, sondern bereits in den vorgelagerten Schulen.

22 % der Erwachsenen haben einen Hochschulabschluss

Bei Migrationshintergrund: Große Unterschiede nach Zuzugsalter und Herkunftsregion

Hier treten auch Unterschiede nach Herkunftsregion und Zuzugsalter auf. So liegt der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund und Hochschulabschluss unter den hier geborenen mit Migrationshintergrund aus der Türkei bei 11 %, bei den hier geborenen mit Migrationshintergrund aus den EU-15-Staaten bei 16 % und bei den hier geborenen mit Migrationshintergrund aus den neuen EU-Beitrittsstaaten Mittel- und Südosteuropas bei 20 % (**Tab. B5-7web**). Unter den Menschen, die im Alter von 19 und älter aus den EU-15-Staaten zugewandert sind, ist der Anteil mit Hochschulabschluss mit 38 % relativ hoch, bei Herkunft aus den neuen Beitrittsstaaten mit 18 % sowie aus der Türkei mit 9 % jedoch niedriger. Dabei unterscheidet sich auch das typische Zuzugsalter nach Herkunftsregion. Von den Menschen mit Migrationshintergrund aus der Türkei sind die meisten hier geboren oder im Alter von unter 19 Jahren

Abb. B5-2: Anteil Erwachsener mit Hochschulabschluss 2018 nach Erwerbsstatus, Migrationshintergrund (MHG), Alter und Geschlecht (in %)



1) Es erfolgt keine Angabe zu den 60- bis unter 65-Jährigen mit Migrationshintergrund, die in Deutschland geboren wurden, da der Wert aufgrund kleiner Fallzahl nicht sicher genug ist.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2018

→ **Tab. B5-12web**

zugezogen, während Menschen aus den neuen Beitrittsstaaten mehrheitlich im Alter von 19 Jahren und älter zugewandert sind. Hier spiegeln sich auch unterschiedliche Politiken der Zuwanderung wider.

Auffällig ist, dass der Anteil mit Hochschulabschluss bei den Menschen, die im Alter von 19 und älter zugewandert sind, steigt, je jünger die betrachtete Alterskohorte ist. Während er bei den 60- bis unter 65-Jährigen lediglich bei 17 % und bei den 45- bis unter 50-Jährigen 19 % betrug, erhöht er sich bei den 30- bis unter 35-Jährigen auf 37 % (Abb. B5-2, Tab. B5-12web).

Erwachsene ohne Berufsabschluss

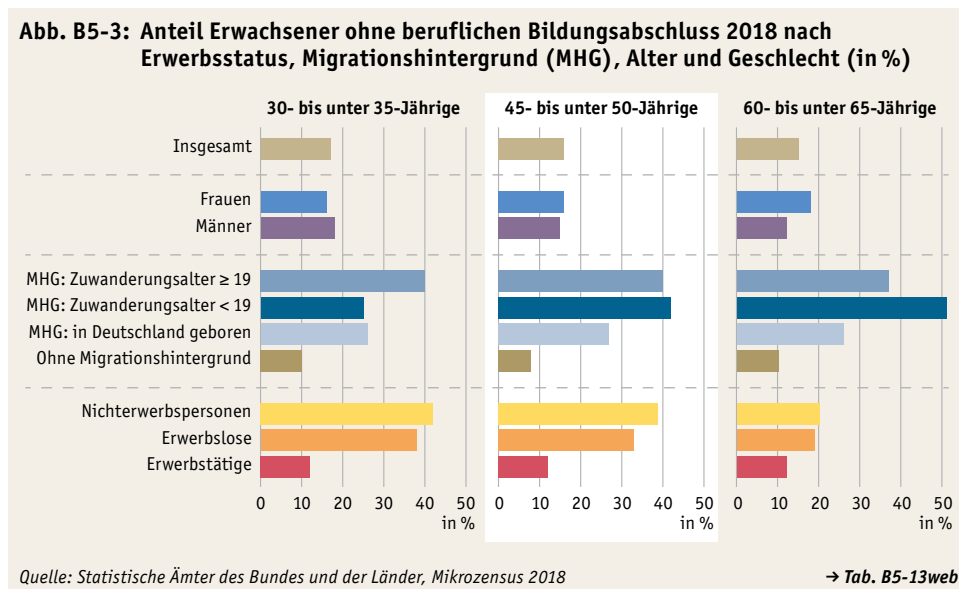
17 % der Erwachsenen im Alter von 25 bis unter 65 Jahren hatten im Jahr 2018 keinen beruflichen Bildungsabschluss. Darunter befanden sich 15,2 % nicht in Bildung und 1,4 % noch in Bildung. Der Anteil der Erwachsenen ohne beruflichen Abschluss variiert je nach betrachteten soziodemografischen Merkmalen (Abb. B5-3, Tab. B5-11web, Tab. B5-13web). So verfügen Menschen mit Migrationshintergrund, die im Alter von 19 Jahren oder älter zugezogen sind, mit 40 % deutlich häufiger nicht über einen Berufsabschluss als Menschen ohne Migrationshintergrund, bei denen der entsprechende Wert bei 10 % liegt. Auch bei jenen 25- bis unter 65-Jährigen mit Migrationshintergrund, die in Deutschland geboren wurden, weisen 28 % keinen beruflichen Bildungsabschluss auf.

Der Anteil der Erwachsenen ohne beruflichen Abschluss fällt bei Menschen mit Migrationshintergrund, die im Alter von unter 19 Jahren zugezogen sind, umso kleiner aus, je jünger die betrachtete Alterskohorte ist. Während er bei den 60- bis unter 65-Jährigen 51 % und bei den 45- bis unter 50-Jährigen 42 % beträgt, sinkt er bei den 30- bis unter 35-Jährigen auf 25 %. Dagegen bleibt er mit etwa 26 % bei Menschen mit Migrationshintergrund, die in Deutschland geboren wurden, relativ konstant. Bei Menschen mit Migrationshintergrund, die im Alter von 19 Jahren und älter zugezogen sind, liegt der Anteil der Erwachsenen ohne beruflichen Abschluss mit 40 % in den jüngeren Alterskohorten um 2 Prozentpunkte über dem Anteil der 60- bis unter 65-Jährigen.

Bei den 30- bis unter 35-Jährigen, die erst im Alter von 19 Jahren und älter zugezogen sind, erweist sich der Bildungsstand als besonders polarisiert, da sowohl der Anteil der Menschen ohne beruflichen Abschluss mit 40 % als auch der Anteil der Menschen mit Hochschulabschluss von 37 % hoch ist.

17 % der Erwachsenen haben keinen Berufsabschluss

30- bis unter 35-Jährige mit Migrationshintergrund: polarisierte Bildungsabschlüsse



Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse

Mit Blick auf die Zuwanderung spielt die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse eine wichtige Rolle. Im Jahr 2018 wurden rund 38.000 Verfahren zu bundesrechtlich oder landesrechtlich geregelten Berufen im Rahmen des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes abgeschlossen. Bundesweit wurden 36.400 im Ausland erworbene berufliche Abschlüsse als vollständig oder eingeschränkt gleichwertig zu einer in Deutschland erworbenen Qualifikation anerkannt. Im Vergleich zum Vorjahr sind dies 20 % mehr Anerkennungen (30.200) (**Tab. B5-15web**).

Drei Fünftel des Anstiegs beruhen auf Anerkennungen der Abschlüsse von Gesundheits- und Krankenpflegerinnen und -pflegern sowie Ärztinnen und Ärzten (+ 3.700). Die medizinischen Gesundheitsberufe verzeichnen auch insgesamt mit 61 % die Mehrheit der Anerkennungen. 10.400 Anerkennungen bezogen sich auf Gesundheits- und Krankenpflegerinnen und -pfleger und 7.200 auf Ärztinnen und Ärzte. Auf den folgenden Plätzen befinden sich Anerkennungen der länderrechtlich geregelten Berufe Ingenieur/in (2.900), Lehrer/in (1.900) und Erzieher/in mit 900 Anerkennungen. Die Ausbildungsstaaten mit den häufigsten anerkannten Abschlüssen waren Syrien (4.800), Bosnien und Herzegowina (3.000), Serbien (2.100) und Polen (2.000).

Bildungsstand im Vergleich der Länder und Regionen

Die Länder unterscheiden sich darin, in welchem Maß Menschen eher akademische Abschlüsse, eher berufliche Ausbildungsabschlüsse sowie Fachschulabschlüsse oder keinen beruflichen Abschluss aufweisen. Zu den Fachschulabschlüssen zählen Abschlüsse einer Meister- oder Techniker Ausbildung, einer 2- oder 3-jährigen Schule für Gesundheits- und Sozialberufe sowie die Fachschulabschlüsse der ehemaligen DDR.

Im Jahr 2018 hat in Deutschland die Mehrheit (53 %) der 30- bis unter 35-Jährigen eine berufliche Ausbildung oder eine Fachschule absolviert. Einen akademischen Abschluss (Bachelor, Master, Diplom oder Promotion) weisen 29 % auf. 17 % verfügen nicht über einen Abschluss.

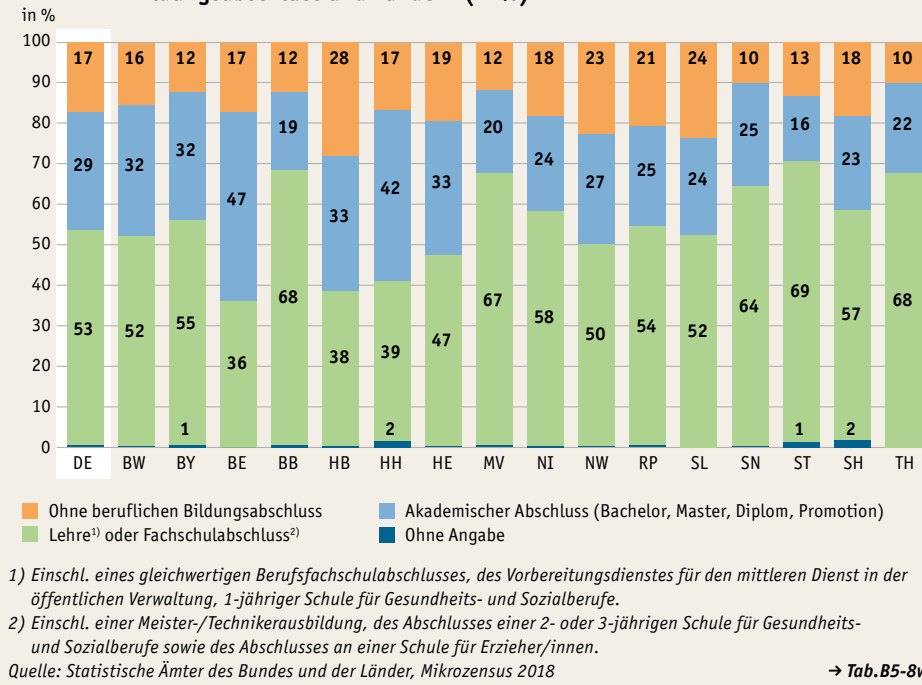
Hoher Anteil von Lehr- oder Fachschulabschlüssen in östlichen Flächenländern

Die höchsten Anteile von 30- bis unter 35-Jährigen mit einem beruflichen Ausbildungs- oder Fachschulabschluss werden in den östlichen Flächenländern Sachsen-Anhalt mit 69 %, Brandenburg und Thüringen mit jeweils 68 %, Mecklenburg-Vorpommern mit 67 % und Sachsen mit 64 % erreicht (**Abb. B5-4, Tab. B5-8web**). Zugleich weisen diese Bundesländer neben Bayern in der genannten Altersgruppe die geringsten Anteile ohne beruflichen Bildungsabschluss auf. Der relativ hohe Anteil mit einem beruflichen Ausbildungs- oder Fachschulabschluss und der relativ geringe Anteil ohne beruflichen Bildungsabschluss könnte durch die ausgeprägte Stellung des Schulberufssystems in den östlichen Flächenländern erklärt werden. Betrachtet man den erreichten Bildungsstand, dann führen anscheinend Ausbildungen im Schulberufssystem eher dazu, einen hohen Anteil von Ausbildungsabschlüssen zu erreichen, als Bildungsgänge im Übergangssystem, die der Verbesserung von Ausbildungschancen dienen sollen (vgl. **E1**). Für den Bildungsstand der östlichen Flächenländer spielt auch der geringere Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund eine Rolle (vgl. **A1**). Am höchsten sind die Anteile von Menschen ohne beruflichen Bildungsabschluss unter den 30- bis unter 35-Jährigen in Bremen (28 %), dem Saarland (24 %) und Nordrhein-Westfalen (23 %).

Hohe Anteile akademischer Abschlüsse in Stadtstaaten und Hessen

Die Bevölkerung in den Stadtstaaten Berlin und Hamburg weist mit 47 % und 42 % den höchsten Anteil mit akademischem Abschluss auf, gefolgt von der Bevölkerung in Bremen und Hessen mit jeweils 33 %. Hier manifestieren sich die Sogwirkung der Hochschulstandorte und die starke Bedeutung von hochqualifizierten Dienstleistungen in der Wirtschaftsstruktur dieser Länder, die mit hohen Anteilen von Beschäftigten in kaufmännischen und unternehmensbezogenen Dienstleistungen

Abb. B5-4: Bevölkerung im Alter von 30 bis unter 35 Jahren 2018 nach beruflichem Bildungsabschluss und Ländern (in %)



einhergehen. Dabei wiesen die Stadtstaaten in den Jahren 2000 und 2016 auch hohe Anteile von Menschen mit Hochschulreife unter den Absolventinnen und Absolventen sowie Schulabgängerinnen und -abgängern von allgemeinbildenden Schulen auf (Bildungsbericht 2018, **Abb. D9-4A**). Der Bildungsstand der Bevölkerung eines Bundeslands wird auch von Menschen beeinflusst, die Bildungseinrichtungen in einem anderen Bundesland oder im Ausland besucht haben und für eine Qualifizierung oder einen Arbeitsplatz umgezogen sind. Die Anteile von Menschen mit eher beruflichen und eher akademischen Abschlüssen weisen also auf das Zusammenspiel der Angebotsstruktur der Bildungssysteme einerseits und des Arbeitsmarktes einschließlich der Wirtschaftsstruktur andererseits hin.

Der Bildungsstand der Bevölkerung unterscheidet sich zudem nach Kreistypen, nach denen sich bereits unter der Angebots- (**B1**) und Beteiligungsperspektive (**B4**) eine erhebliche Varianz je nach regionalen Rahmenbedingungen zeigte. Deutlich wird, dass in Großstädten, die oft auch Hochschulstandort sind (Kreistyp 5), der Bildungsstand mit einem Anteil von Hochschulabsolventinnen und -absolventen von 34 % an den Erwachsenen besonders hoch ist (**Tab. B5-9web**). Eher strukturschwächere kreisfreie Städte (Kreistyp 4) mit 24 % und eher strukturstarke Landkreise mit jüngerer Bevölkerung (Kreistyp 2) mit 19 % liegen beim Anteil der Hochschulabsolventinnen und -absolventen im Mittelfeld. Sowohl in Großstädten (Kreistyp 5) als auch eher strukturschwächeren kreisfreien Städten (Kreistyp 4) ist der Anteil der Erwachsenen ohne Berufsabschluss mit jeweils 20 % besonders hoch.

Bildungsstand in städtischen Kreisen höher

In den überwiegend ostdeutschen Landkreisen und kreisfreien Städten (Kreistyp 3) sind eine niedrige Anzahl von Bildungseinrichtungen (**B1**) und eine geringe Bildungsbeteiligung der 19- bis unter 25-Jährigen (**B4**) zu beobachten. So verwundert es nicht, dass in den überwiegend ostdeutschen Landkreisen und kreisfreien Städten auch der Anteil an Hochschulabsolventinnen und -absolventen an den Erwachsenen mit 13 % am niedrigsten ist. Auffallend ist jedoch, dass dort nicht nur die höchsten Anteile der Erwachsenen mit einer Lehr-/Anlernausbildung (65 %), sondern auch

der höchste Anteil der Erwachsenen mit einem Fachschulabschluss (14 %) und der geringste Anteil der Erwachsenen ohne beruflichen Abschluss (7 %) zu finden sind. Dieser Befund, der sich bereits im vorhergehenden Vergleich des Bildungsstands nach Ländern zeigte, gilt nicht nur für die älteren Kohorten, die ihren beruflichen Abschluss in der DDR erwarben, sondern auch für die 30- bis unter 35-Jährigen.

Bildungsstand im internationalen Vergleich

**EU-Ziel zum Anteil an
tertiären Abschlüssen
in der Bevölkerung
noch nicht erreicht**

Die EU definiert im Rahmen der ET2020 einen Benchmark, der sich auf den Bildungsstand bezieht. Ziel ist, dass bis zum Jahr 2020 mindestens 40 % der 30- bis unter 35-Jährigen in der EU über einen tertiären Abschluss verfügen. Zu den tertiären Abschlüssen zählen auch die Abschlüsse als Meisterin oder Meister, Technikerin oder Techniker und Erzieherin oder Erzieher. In Deutschland ist der Anteil seit 2000 zwar kontinuierlich gestiegen, lag aber im Jahr 2018 mit 35 % noch unter dem Zielwert und unter dem Durchschnitt der EU-Staaten (41 %) (**Tab. B5-10web**). Zu berücksichtigen ist, dass berufliche Bildung in Deutschland im internationalen Vergleich eine Sonderstellung einnimmt. Dies ist zum einen auf das qualitativ hochwertige berufliche Ausbildungssystem zurückzuführen, welches im Vergleich zu den anderen EU-Staaten eine wichtige Qualifizierungsfunktion auf der mittleren Fachkräfteebene ausübt und auf ein breites Berufsspektrum vorbereitet. Zum anderen werden einige Berufe an Ausbildungsstätten oder Schulen für Gesundheits- und Sozialberufe erlernt, sodass der Zugang zu diesen Berufen nicht über einen Abschluss im Tertiärbereich erfolgt. Entsprechend diesem Angebot von beruflicher Bildung auf hohem Bildungsniveau verfügen in Deutschland verhältnismäßig viele Menschen (15 % der 30- bis unter 35-Jährigen) über einen Abschluss im postsekundären nichttertiären Bereich. Dieser Bereich umfasst die Kombination von beruflichem Ausbildungsabschluss und Hochschulzugangsberechtigung, Abschlüsse von 2- bis 3-jährigen Bildungsgängen an Schulen für Gesundheits- und Sozialberufe und Abschlüsse an Abendgymnasien.

Perspektiven

Übergreifende Einflussfaktoren prägen Strukturen und Entwicklungen in allen Bildungsbereichen. So führen höhere Geburtenraten, Zuzüge aus dem Ausland und der langfristige Trend zu Höherqualifizierung und zum lebenslangen Lernen zu einem Anstieg der Bildungsteilnehmenden. Zwischen den Bildungsbereichen lassen sich allerdings große Unterschiede beobachten (**B4**). Während die Teilnehmerzahl in den Sekundarschulen nach wie vor rückläufig ist, ist insbesondere in der frühen Bildung ein hoher Zuwachs zu verzeichnen. Auch in den Grundschulen lässt sich bereits ein leichter Anstieg beobachten. Diese Entwicklung wird sich in den kommenden Jahren fortsetzen und auch die Sekundarschulen erreichen. Der langfristige Trend zur Höherqualifizierung führt zudem zu einem längeren Verbleib in Schulen und einer gestiegenen Studienplatznachfrage.

Im Vergleich der Altersgruppen erreichen immer mehr Menschen einen höheren Bildungsstand (**B5**), während sich der Anteil der Menschen ohne beruflichen Abschluss kaum verändert. Bei Menschen mit Migrationshintergrund unterscheidet sich der Bildungsstand stark nach Herkunftsregion und Zuzugsalter. Menschen mit Migrationshintergrund, die in Deutschland geboren wurden, haben durchschnittlich seltener einen Hochschulabschluss und häufiger keinen beruflichen Abschluss als Menschen ohne Migrationshintergrund. Hier spiegelt sich auch wider, dass Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund häufiger in sozialen, finanziellen oder bildungsbezogenen Risikolagen aufwachsen (vgl. **A4**).

Aus der Zunahme der Zahl der Bildungsteilnehmenden und dem Ziel, Bildungsteilhabe für alle Bevölkerungsgruppen in allen Regionen zu verbessern, ergeben sich Herausforderungen in 4 Handlungsfeldern:

Erstens bestehen regional unterschiedliche Herausforderungen, eine ausreichende Versorgung mit Bildungseinrichtungen sicherzustellen (**B1**): Die Zahl der beruflichen Schulen in den eher strukturschwachen überwiegend östlichen Kreisen ist deutlich gesunken. Dies stellt die Betriebe zunehmend vor die Herausforderung, dass Auszubildende ein Berufsschulangebot in der Region finden. Weite Entfernun-

gen zwischen Betrieben und Berufsschulen erschweren zudem die Kooperation der Lernorte. Dies birgt die Gefahr des Rückzugs der Betriebe aus der Ausbildung, zumal auch neue Hochschulstandorte überwiegend in den Großstädten eröffnet wurden.

Zweitens bleibt die Minimierung sozialer Disparitäten ein wesentliches bildungspolitisches Ziel, auch vor dem Hintergrund optimaler Ausschöpfung von Bildungspotenzialen in der Bevölkerung.

Drittens benötigt ein hochwertiges Bildungsangebot ausreichend und gut qualifiziertes Personal. Da der Bedarf auch von der Anzahl der Bildungsteilnehmenden abhängt, ist die Anzahl der Beschäftigten zwischen 2008 und 2018 insbesondere in der Kindertagesbetreuung (+63 %) und an den Hochschulen (+37 %) erheblich gestiegen (**B2**). Auch zukünftig wird der Umfang der erforderlichen Kapazitäten – nicht zuletzt aufgrund der demografischen Entwicklungen – noch wachsen. Das gilt vor allem für die Schulen, bei denen sich die Situation durch die Altersstruktur des pädagogischen Personals verschärft. Trotz deutlicher Verjüngung seit 2008 wird der weiterhin große Anteil an über 50-Jährigen, insbesondere in den östlichen Flächenländern, zu einem besonders hohen Bedarf führen.

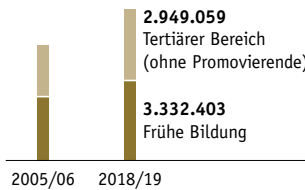
Viertens werden die Möglichkeiten der Ausgestaltung von Bildungseinrichtungen in starkem Maße von der Höhe der Bildungsausgaben beeinflusst (**B3**), die nach wie vor überwiegend die öffentliche Hand finanziert. Seit 2010 werden die Gesamtausgaben für Bildung kontinuierlich gesteigert. Im internationalen Vergleich sind die Bildungsausgaben in Deutschland 2016 gemessen am BIP niedriger als im OECD- und EU-Durchschnitt, während die durchschnittlichen Ausgaben je Bildungsteilnehmerin und -teilnehmer über dem OECD- und EU-Durchschnitt liegen. Aufgrund der wieder gestiegenen Geburtenzahlen, der wachsenden Nachfrage und des fortschreitenden Ausbaus von Ganztagsbetreuungsplätzen im Elementar- und Primarbereich sowie des hohen Niveaus der Nachfrage nach Studienplätzen durch den langfristigen Trend zur Höherqualifizierung ist auch zukünftig mit einem steigenden Finanzbedarf zu rechnen.

Im Überblick



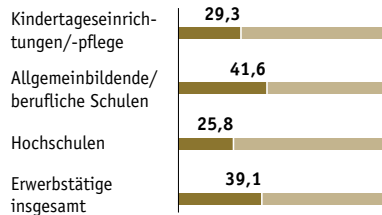
Weiter steigende Bildungsbeteiligung, die sich auch mittelfristig weiter fortsetzen wird

Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer



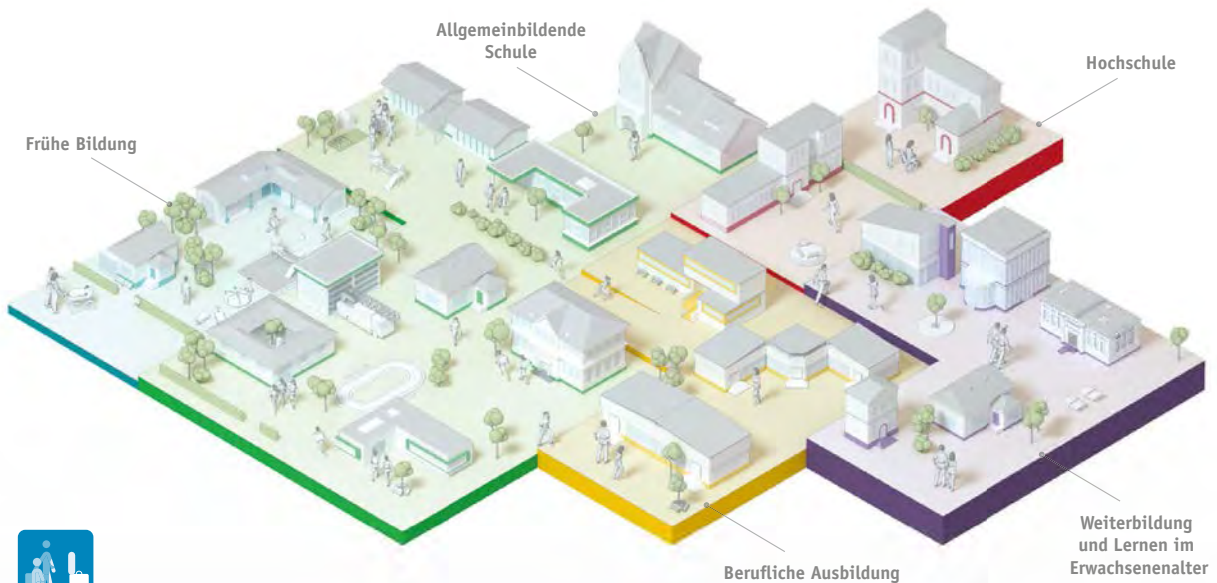
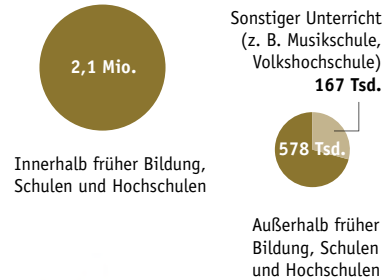
Trotz Zunahme des Bildungspersonals bleiben Mehr- und Ersatzbedarfe bestehen

Anteil des Personals im Alter von 50 Jahren und älter in %



Auch außerhalb früher Bildung, Schulen und Hochschulen umfangreiches Bildungspersonal

Verteilung Bildungspersonal nach Wirtschaftszweigen



Große Unterschiede im Bildungsstand von erwachsenen Menschen mit Migrationshintergrund je nach Zuzugsalter und Herkunftsregion

Anteil Erwachsener in % 2018

- Mit Hochschulabschluss
- Ohne Berufsabschluss

Ohne Migrationshintergrund



Mit Migrationshintergrund
In Deutschland geboren



Im Alter von ≥ 19 Jahren zugezogen



Regional unterschiedliche Herausforderungen, auch zukünftig ein bedarfsgerechtes Bildungsangebot zu gewährleisten

Rückgang der Bildungseinrichtungen in überwiegend ostdeutschen Landkreisen und kreisfreien Städten von 2008 bis 2018 in %



Ausgaben je Bildungsteilnehmerin und -teilnehmer über OECD-Durchschnitt, Bildungsausgaben gemessen am BIP unter OECD-Durchschnitt

Ausgaben für Bildungseinrichtungen vom Primar- bis Tertiärbereich 2016

